

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,10 M. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 3 M. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1892 unter Nr. 662.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet. Fernsprech-Anschluß: Amt 1. Nr. 4180.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. Juli 1892.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Staatssozialismus.

Auf unseren Artikel in Nummer 168 vom 21. Juli antwortet Vollmar jetzt in Nummer 168 der „Münchener Post“ vom 27. Juli.

Wir hatten, um den Thatbestand unanfechtbar festzulegen, die drei auf den Staatssozialismus sich beziehenden Texte, wie sie sich in den Münchener „Neuesten Nachrichten“, in der „Revue bleue“ und in der „Münchener Post“ vom 6. Juli finden, nebeneinandergestellt und waren zu dem Ergebnis gelangt, daß dem Sinne nach die drei Texte dasselbe besagten, sowohl die von Vollmar als ungenau angefochtene Uebersetzung der „Neuesten Nachrichten“, als der Vollmarische Aufsatz in der französischen Zeitschrift und der von Vollmar als allein echt anerkannte Text der „Münchener Post“. Nun schreibt er:

Es befähigt sich hier aufs Neue, daß das richtige Lesen eine sehr viel schwierigere Kunst ist, als das Auslegen nach den eigenen Gedanken und Wünschen des Lesers. Und zwar wird das Lesere um so leichter, wenn man sich noch ein so bequemeres mit drei Textversionen zurechtmacht, wie es im vorliegenden Falle geschehen ist. Ein solches Mittel sollte aber doch aus einer ernsthaften Debatte von vornherein wegbleiben. Ich habe bereits erklärt, daß mein Aufsatz deutsch geschrieben worden ist, daß ich, wie grundsätzlich von jeder Arbeit, eine Abschrift behalten habe, und daß der in Nr. 150 der „Münchener Post“ vom 6. d. M. gegebene Text der wörtliche Ausdruck aus dieser Abschrift ist. Einer derartigen bündigen Erklärung pflegt man unter Ehrenmännern zu glauben, wenn man sich nicht dem Verdacht aussetzen will, daß man sich an die abweichende Version um deswillen hält, weil sich dann leichter streiten läßt. Was der französische Uebersetzer und der Rückübersetzer der deutschen Blätter schreibt, ist für die Sache völlig gleichgiltig, geht mich nichts an und hat einfach aus unseren Erörterungen auszuscheiden.

Giebt es ein sachlicheres, unbefangeneres, ehrlicheres Verfahren zur Ermittlung der Wahrheit, als dies, das gesammte Beweismaterial herbeizuschaffen, zu ordnen und einer prüfenden Vergleichung zu übergeben? Falls vorhandenen Lesarten wurden dem öffentlichen Urtheil unterstellt, unsere Kritik stand unter Jedermanns Kontrolle, Alle hatten die drei Versionen vor Augen, um die es sich allein handelte. Am 21. Juli schrieben wir:

Um jedem Einwand sogleich die Spitze abzubringen, so sei festgestellt: Vollmar befragt sich zwar („Münchener Post“, Nr. 150 vom 6. Juli) über die „Mangelhaftigkeit“ des „Berichts“ der „Neuesten Nachrichten“ und erklärt („Münchener Post“ vom 8. Juli): „Der Vorwärts“ wird aus dieser Gegenüberstellung (der Vollmar'schen Lesart, von uns wiedergegeben in Kolonne 3 der Uebersicht, und des Textes der „Neuesten Nachrichten“) sehen, mit welchem Geschick das Bourgeoisblatt übertragen hat.“ Aber nie und nirgend, so sehr er die schlechte Uebersetzung der „Neuesten Nachrichten“ tadelt, wendet er sich gegen den französischen Urtext, der am 18. Juni erschienen ist, sodas ihm, wenn er Anlaß dazu gehabt hätte, Zeit und Gelegenheit genug geboten gewesen wären, richtig zu stellen oder zu dementiren. Der Text der „Revue bleue“ ist demnach ein

klassisches Beweismittel, sodas wir keine Ursache hätten, uns um „das deutsche Original“, das auf dem Schreibische Vollmar's derweilen im Stillen gelegen, zu kümmern. Aber was er aus diesem „Original“ der Originale in der „Münchener Post“ wiedergiebt, bestätigt die Richtigkeit unserer Auffassung.“

Aber um Alles in der Welt, haben wir die ganze Zeit uns gewendet gegen das, was schwarz auf weiß der Deffentlichkeit vorlag, oder gegen jene „Abschrift“, die Vollmar „grundsätzlich von jeder Arbeit“ zu behalten pflegt, gegen den nicht veröffentlichten „deutschgeschriebenen Aufsatz“, der bis heute auf seinem Schreibische ein verschwiegenes Dasein gelebt hat? Am 18. Juni erschien der Aufsatz Vollmar's in der Pariser Zeitschrift, die ihm rechtzeitig zugänglich geworden ist. Aber es ist ihm nicht in den Sinn gekommen, diesen Aufsatz oder den Abfah, welcher vom Staatssozialismus handelt, richtig zu stellen. Und ein Mann, der so vorsichtig ist, „grundsätzlich“ eine Abschrift seiner Arbeiten aufzubewahren, sollte es, trotzdem er zur Genüge Zeit und Gelegenheit hat, versäumen, gegen eine Uebersetzung Einspruch zu erheben, die ungenau, die sinntstellend, die unprinzipiell wäre?

Aber erst am 27. Juli, mehr als fünf Wochen, nachdem die „Revue bleue“ erschienen, erst nachdem ein Preßstreit sich entsponnen hat, erklärt Vollmar: „Was der französische Uebersetzer schreibt“ ist für die Sache völlig gleichgiltig, geht mich nichts an und hat einfach aus unseren Erörterungen auszuscheiden.“ Glaubt Vollmar in der That durch diese Erklärung den Sachverhalt kurzerhand fortbekretiren zu können? Aber doch nur da hat der Franzose „einfach auszuscheiden“, wo die „Annäherung an den Staatssozialismus“ in Frage steht? Denn andere Stellen, die Vollmar im Verlaufe seines letzten Artikels in's Gesecht führt, stimmen wörtlich überein mit dem Texte der „Revue bleue“!

Indes wir hatten ja den nach Vollmar allein giltigen Text, das „deutsche Original“ akzeptirt, wir hatten ihn in unsere vergleichende Uebersicht aufgenommen, und diese Lesart ist demnach nicht „für die Sache gleichgiltig“, sie ist diejenige, die Vollmar etwas „angeht“.

Vollmar versucht nun den Nachweis, daß es eines sei, von einer „Annäherung an den Staatssozialismus“ zu reden, etwas Anderes, „gewisse Forderungen“ als „staatssozialistisch“ zu bezeichnen.“ Er erklärt:

„Wenn ich . . . sage, daß eine Reihe von Einzelforderungen zur kufenweisen Anbahnung einer besseren Gesellschaftsorganisation von uns angestrebt und schließlich mitbeschlossen werden, welche man „ganz wohl als staatssozialistisch“ bezeichnen kann, — so hat diese Auffassung mit dem Prinzip gar nichts zu thun, sondern ist einfach danach zu beurtheilen, wie man den Begriff Staatssozialismus sozialökonomisch definiert.“

Dieser Satz ist der Angelpunkt der Vollmar'schen Darlegungen, und dieser Satz ist ein Trugschluß. Hat ein Begriff erst eine geschichtlich festgelegte Bestimmung, ist mit einem bestimmten Wort eine bestimmte Bedeutung ein für allemal verknüpft, so geht es nicht an, zuerst es anzuwenden und dann, sobald man angegriffen wird, weil man diesen

Kunsausdruck in einem gewissen Zusammenhang gebraucht hat, ihn einen anderen, neuen Sinn unterzulegen. Vollmar handelt in seinem Aufsatz von deutschen Verhältnissen, von der Stellung Bismarck's und der Wilhelm's II. zur Arbeiterbewegung, und nur in diesem Zusammenhang erörtert er den Staatssozialismus. Nicht ein beliebiges Gemeinwesen, einen abstrakten Staat, sondern das Deutsche Reich unserer Tage, nicht den Staatssozialismus als eine akademische Frage, sondern den deutschen Staatssozialismus, nicht irgend eine Arbeiterbewegung in irgend einem Nirgendheim, sondern die deutsche Sozialdemokratie sind der Gegenstand seiner Unterfuchung. In Betracht kommen nicht blutleere theoretische Probleme, sondern höchst praktische Dinge, nicht Spiele mit Formeln, die man so oder auch anders deuten und nützen mag, sondern grundsätzliche Gedanken.

Der Staat, in dem wir leben, ist ein Klassenstaat, er ist die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, die auf dem Gegensatz von Kapital und Arbeit sich aufbaut. Dieser Gegensatz offenbart sich in dem Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Im Staat besitzt die Bourgeoisie ihre Exekutive, und diese Exekutive handelt im Auftrag und im Interesse ihrer Mandatare. Erfüllt die Exekutive diesen Zweck, den eigentlichen „Staatszweck“, so erhält, daß jene Aufgaben, welche der ganzen Gesellschaft dienen, nur von ihr erfüllt werden, weil sie den Bestand des jetzigen Systems sichern und nur soweit sie dies thun. Sobald wichtige Interessen der Besitzenden kollidiren mit den Interessen der Gesamtheit, wiegen die letzteren nicht schwerer als eine Federfeder gegen ein Zentnergewicht in der Waagschale.

Die Arbeiterklasse, die gegen die Bourgeoisie kämpft, kämpft gegen den heutigen Staat, der nichts ist als der Beauftragte der Kapitalistenklasse. Der Sozialismus, den dieser Staat verwirklicht, ist das Gegenpiel des demokratischen Sozialismus. Werden vom Klassenstaat Betriebe und Funktionen, die bisher privatwirthschaftlich waren, in eigene Regie übernommen, so sind durchgängig bürgerliche Beweggründe für dies Vorgehen ausschlaggebend. Entweder beabsichtigt er, die bürgerliche Produktionsweise, diesen Stein des Anstoßes für das Proletariat, der beseitigt werden muß, wenn unsere Partei ihre Ziele erreichen will, zu stützen und zu fördern. Der Staat handelt als Schutzpatron des Unternehmthums. Oder er tritt selbst auf als Unternehmer, der seinen Antheil an der Ausbeutung der Massen sich sichern, seine Einkünfte steigern, die Besitzenden entlasten will. Der Staat handelt als Vertreter des Fiskalismus. Die Verstaatlichung der preussischen Bahnen z. B. ist zu erklären aus militärpolitischen und aus fiskalischen Rücksichten. Der Staat als Unternehmer profitirt nicht nur durch die Ausnützung der Arbeitskräfte, nicht nur durch den Profit, den er einheimst, seine wirthschaftliche Machtstellung liefert ihm Zubehufende von Leuten aus, die ihm auch politisch Heeresfolge leisten müssen. Mit Einem Wort, der Staat ist hier entweder Diener oder Kollege des Privatkapitalismus.

Wenn die Sozialdemokratie Verstaatlichung bestimmter

Reuilleton.

Kapdruck verboten.)

24

Das schlagende Wetter.

Roman von Maurice Talmey.

Uebersetzt von V. und A. G.

Der Schulmeister neigte seine faltige Stirn und die Erregung vermehrte noch sein greisenhaftes Zittern. Er und Jacquemin waren in diesem Augenblick so gut wie allein in der Gastwirthschaft, und Jacquemin fühlte, wie eine Hand die seinige drückte. Er wandte sich Herrn Petit-Wandru zu, der ihn mit einem Blick ansah, welcher zu sagen schien: „Ich weiß Alles“. Und gleichzeitig lästerte der Lehrer ganz leise:

Es geht Chilaine gut.

Jacquemin erbehte bei diesen Worten.

Danke! antwortete er.

Und er wandte sich von neuem Herrn Petit-Wandru zu; in den Augen des Greises blinkten Thränen.

Indessen erwachte der Sergeant von seinem Schlummer, fuhr sich mit der Hand über's Gesicht und sagte:

Jean Jacquemin.

Dann nahm er ein Papier vom Tisch, das einen Passirschein darstellte, gab es dem Steiger und sagte gähnend:

Sie können nach Hause gehen.

Die Strahlen der Morgensonne, die an diesem Morgen zwischen vier und fünf Uhr in das Haus auf der Uferstraße

eindrangen, beleuchteten in dem kleinen Zimmer jene fatale Unordnung, die einer Abreise vorangeht. Badete bedeckten den Tisch, allerhand Lappen und Fetzen hingen an den Möbeln. Ein umgeworfener Stuhl lag neben dem kalten Ofen, den die aufgehende Sonne zuweilen mit sahlem Schimmer übergoß; und je heller es wurde, desto mehr trat auch von den Einzelheiten dieses chaotischen Durcheinanders hervor. Strohhalm und fettige Zeitungsfetzen bedeckten den zertrahten schmutzigen Fußboden. Dunkle Staubflecken und Spinnenweben haften an den Mauern, wo die Bilder fortgenommen worden waren; die herausgezogenen Nägel hatten auf der Tapete weiße Löcher hinterlassen, im Hintergrunde des Zimmers befand sich ein Wandschrank, dessen Thüren weit aufgesperrt standen und die Fenster, von denen die Vorhänge entfernt waren, schienen vor Frost in der Frische des Morgens zu zittern.

Kurz vor fünf Uhr bewegte es sich im Hause und Jacquemin kam nach einigen Minuten in das Zimmer. Er war blaß und sehr still. Sein Gesicht sah aus, als wäre es abgemagert, obwohl seit der Nacht, in der man Toubeau verhaftet und weggeführt hatte, noch nicht mehr als ein Tag verfloßen war.

Er lauschte an Babettes Kammerthür und klopfte an, um sie zu wecken. Mit einem Blick überfah er die verschiedenen Gegenstände ringsumher, eine große Reisetasche, einen Bettfack, einen Kasten, der gegenüber dem Tisch aufgestellt war. Auf dem oberen Theile des Kastens war eine Adresse angenagelt, auf der geschrieben stand: Mademoiselle Jacquemin in Brügge. Abzuliefern am Bahnhof. Jacquemin stieß mit dem Fuße die am Boden liegenden Papierschnitzel und Fetzen beiseite und machte die Thür zum Vorsaal weit auf und sah rund um sich die kalten, staubigen, nackten Wände.

Babette erschien in diesem Augenblicke, ohne etwas zu sagen, mit leisem Schritt und niedergeschlagenen Augen, müden, beinahe wanken Gesichtszügen, im Reife-Anzuge, im schwarzen Mantel und kleinem Hut, unter welchem sie, all ihrer Trauer zum Trost, immer noch hübsch genug ansah. Vater und Tochter wechselten kein Wort. Jacquemin blickte unruhig umher, und Babette knöpfte ihren Mantel zu. Die Uhr schlug und infolge seines merkwürdigen Zusammenstehens hörte sie nach zwei Schlägen auf und der große kupferne Perpendikel blieb stehen. Jacquemin sah auf das Ziffernblatt, der Zeiger wies auf fünf Uhr. Weder er noch Babette dachten daran, die Gewichte, die an ihren kupfernen Ketten bis zur Erde hingen, auszuziehen. Es war ein todes Ding mehr, daß sie da zurücklassen mußten, und ein Geräusch weniger, daß sie in dem Leben, das nun vergangen war, beständig vernommen hatten.

Babette unterbrach plötzlich das Schweigen: Wann werden wir abreisen? fragte sie.

Es ist Zeit, antwortete Jacquemin.

Werden wir Herrn Petit-Wandru noch einmal sehen?

Ich habe ihm gesagt, daß wir nicht vor acht Uhr abreisen würden.

Und er fügte hinzu:

Um acht Uhr würden aber schon zu viele Leute im Dorf sein.

Babette zeigte auf die Kiste, auf welche ihr Name geschrieben war:

Hat nicht Herr Petit-Wandru es übernommen, das zu expediren?

Ja, sagte Jacquemin.

Sie fuhr fort:

Er wird wohl auch das verkaufen, was wir hier zurück-

Betriebe und Funktionen fordert, so in der Regel nur, damit desto schneller die wirtschaftlichen Vorbedingungen für die Umgestaltung der Produktionsweise, für die Befestigung des Klassenstaats geschaffen werden. Was der Klassenstaat unternimmt, weil die Gesamtinteressen der Herrschenden es gebieten, erscheint uns gegebenen Falls empfehlenswert, weil die Expropriation der Expropriateurs durch die beschleunigte Verdichtung und Zentralisation der Produktionsmittel erleichtert wird.

Mag man nun den Staatssozialismus fassen als bloße Ausdehnung des Staatsbetriebes, oder so, daß sich seine Souveränität auch auf das wirtschaftliche Gebiet in dessen vollem Umfange erstreckt, so daß dem Staate nicht nur die Regelung des ganzen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zusteht, sondern daß auch die Ueberführung beliebiger Theile der Güterproduktion unter die Oberleitung oder selbst in den unmittelbaren Betrieb des Staates in seiner Befugnis liegt (Vollmar in der „Münchener Post“ vom 28. Juli, „Nouvelle Revue“ S. 789), sein Wesen bleibt das gleiche und unsere Stellung ihm gegenüber ist die alte.

Was der Staatssozialismus bislang geleistet, ist sattsam bekannt. Seine Tendenz, die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich zu knechten, sie ihrer Selbstständigkeit zu berauben und zu einem Werkzeug in der Hand der Herrschenden zu machen, tritt klarer und klarer zu Tage. Er verstaatlicht die Eisenbahnen und läßt die Bahnarbeiter am Hungertuche nagen, er monopolisierte Post- und Telegraphenwesen und maßregelt und exploirt die Angestellten, er gab uns die Zwangsversicherung, die reine Neuorganisation der Armenpflege, er gab uns zum „Schutz der nationalen Arbeit“ die Schutzzölle, er beschränkte uns mit seiner „erziehlischen Wirkung“ das Sozialistengesetz, er verließ uns eine Gewerbenovelle, die eine homöopathische Gabe von Arbeiterschutze in einem Meer von Unternehmerfreundlichkeit extrahirt, er schuf in Preußen den Knappentrag, kurz, er zeigte sich allwege als der getreue Diener der Bourgeoisie.

Vollmar aber meint, daß jede ernsthafte sozial-reformatorische Maßregel unter den Begriff des Staatssozialismus fallen würde, wenn man seine oben angeführte Definition zu Grunde legen würde. Das wäre nicht logischer, als wenn man jede Handlung zielreicher proletarischer Politik unter den Begriff der Bourgeoisiepolitik fallen ließe. Dem Vollmar müßte dem Klassenstaat eine Absicht, eine Thätigkeit, eine Weltanschauung zu, die durchaus unvereinbar ist mit seinen grundlegenden Bestandtheilen, seinen Einrichtungen, seinem Wesen. Die Besitzenden müssen durch die arbeitenden Klassen zu jedem Zugeständniß gezwungen werden, jedes Zugeständniß ist das Ergebnis langwieriger, zäher Kämpfe, der Klassenstaat tritt nicht in Aktion von sich aus, weil es seinem Zwecke entspricht, sondern unter dem unabweislichen Druck von außen. Er treibt soziale Politik nicht aus freien Stücken, sondern unter einem Zwang, gegen den er sich wehrt mit Zähnen und Nägeln.

Mit dem anrüchlichen Namen des Staatssozialismus, der staatssozialistischen Forderungen, die Forderungen zu belegen, welche die Sozialdemokratie in ihr Programm aufgenommen hat, ist in der That ein starkes Stück. Wäre es nicht so unlogisch, müßte man sagen, daß es beleidigend wäre. Es genügt beiläufig zu erinnern an jene Ritze der Staatssozialisten, die von 1873 an ihr unheimliches Wesen bei uns trieben, an den Klängel von Pfaffen und anderen Reaktionären, die unter dem Panier der Wächern und Sticker sich sammelten, an jene Leute, von denen Rudolf Meyer sagt: „Die Staatssozialisten, zu denen A. Wagner überging, zogen erst ein Paar Renegaten aus der Sozialdemokratie an sich, vermeheten dann ihr Programm um jede neue Idee, die Bismarck auf wirtschaftlichem Gebiete sagte, wurden ganz und gar seine gehorjamsten Diener, je eine Leute par excellence und beschäftigten sich schließlich mit Antisemitismus.“

Wenn Vollmar erklärt, es sei unrichtig, daß er die „Annäherung“ an den Staatssozialismus als Grund für die Nichtaufnahme jenes gegen den Staatssozialismus gerichteten Artikels in das Erfurter Programm bezeichnet habe, so beliebt es uns nicht, mit Worten zu streiten. Vollmar sagt ausdrücklich in der „Münchener Post“ vom 6. Juli: „Werden doch im Gegentheil eine Reihe von Maßnahmen . . . von uns angestrebt und mitbeschlossen werden, welche man ganz wohl als staatssozialistische be-

zeichnen kann. Diese Erwägung hat auch dazu mitgewirkt, daß bei Ausarbeitung des neuen Programms . . . ein besonderer Satz gegen den Staatssozialismus . . . weggelassen wurde.“ Wir meinen, das ist deutlich.

Und nun vom Staatssozialismus zum Regierun-
gssozialismus! Daß wir der „Nouvelle Revue“ den bemerkenswerthen Passus entnommen haben, der Vollmar's Stellung zum heutigen Régime in ein helles Licht setzt, hat ihn verdrossen. So verdrossen, daß er sich eine objektive Unwahrheit zu Schulden kommen läßt. Er behauptet nämlich, der „Vorwärts“ habe mit diesem Bitat, „einen ganz neuen, bisher aus Uebersehen oder besonderer Schonung gegen mich (Vollmar) nicht angeführten Grund zu einer noch weit schwereren Anklage gefunden“. Vollmar hat demnach, und das wundert uns, ganz vergessen, was der „Vorwärts“ in seinem Artikel: „Staatssozialismus“, Nr. 160 vom 12. Juli, geschrieben hat:

„In welchen schiefen Schlussfolgerungen von Vollmar auf Grund seiner irrigen Auffassung des Staatssozialismus gelangt, das offenbart sich in der Art, wie er die Feindschaft der Machthaber gegen die Sozialdemokratie bespricht. Er wundert sich über diese Feindschaft und bedauert sie. Ja, sollen die Machthaber und denn dankbar dafür sein, daß wir die Unterlage ihrer politischen und ökonomischen Machtstellung verneinen? Sie sind nicht so gemüthlich zu glauben, zwischen uns und ihrem „Sozialismus“ bestünde nur ein Gradunterschied.“

Unsere Ansicht, daß diese Meinung der unverfälschte Possibilismus, die offenbare Kompromisspolitik, der Regierun-
gssozialismus sei, ist durch die letzte Entgegnung Vollmar's nicht im mindesten erschüttert. Wer unbefangene seine beweglichen Klagen darüber liest, daß die Gewaltthaber so einseitig sind, in uns ihre Feinde zu sehen, wird uns darin bestimmen. Von unserem Urtheil läßt sich auch in diesem Betracht nichts abdingen. Die Herrschenden müssen in der Arbeiterklasse die Erb-
bin der bürgerlichen Gesellschaft, die Macht erblicken, welche mit dem Kapitalismus reinen Tisch machen und ihn sammt seiner politischen Organisation abschaffen wird. Politik ist kein Kinder-
spiel, hat einst der alte Demokrat Ziegler gesagt. Und der Klassenkampf, der Hebel des gesellschaftlichen Fortschritts, die notwendige Bedingung für die Befreiung der Arbeiterklasse, kann nicht geführt werden durch Austausch diplomatischer Höflichkeiten, mit so kompromittirlichen wie kompromittirlichen Manövern. Klingt es nicht eigen aus dem Munde eines sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn er den Caprioli und Genossen ans Herz legt, die „berechtigten Forderungen des Sozialismus“ zu erfüllen? Kennt Vollmar unberechtigte Forderungen der Sozialdemokratie?

Jedemoch Vollmar ist nur folgerichtig in seiner Anschauung vorgeschritten. In seiner Münchener Edoardo-Mede aus dem Jahre 1891, über die der Erfurter Parteitag sein Urtheil gefällt hat, malte er uns den Bänderer, der auf den langen und dornigen Wege zum fernem Ende seine Hoffnungen nicht bloß aufrechterhalten könne „durch den Anblick des in nebelhafter Ferne sich abzeichnenden Ziels“. Da sprach er davon, daß „eine nicht unwesentliche Aenderung in der Regierungspolitik eingetreten“ sei, da rief er: „Dem guten Willen die offene Hand!“ „Ankennnisse“ meinte er, „und Vorurtheil machen nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen“, wir müßten Selbstkritik und Selbstbeschränkung üben u. s. w. u. s. w.

Ein neues Glied in der Kette ist seine neueste Deklaration, worin er es der Regierung zum Vorwurfsanrechnet, daß sie den Klassenkampf nicht für ein Schäferspiel hält.

Und was Hebel in Erfurt von der Vollmar'schen Taktik gesagt hat, gilt heute doppelt:

„Nach seiner Taktik kämen wir mit Naturnothwendigkeit dahin, daß wir über der ausschließlichen Agitation für nahe-
liegende Aufgaben schließlich vergeßen, daß wir eine sozialdemokratische Partei sind, daß wir vergessen, daß Staat und Gesellschaft von heute Todfeinde der Sozialdemokratie sind und es ein Pattiren mit diesen nicht giebt.“

Vollmar will also hiernach in der That eine gänglich neue Taktik der Partei inauguriren. Wenn wir so agitiren wollten, wie Vollmar es wünscht, dann würden wir nothwendiger Weise eine Opportunistenpartei im aller schlimmsten Sinne des Wortes werden. Eine solche Taktik wäre etwa für die Partei dasselbe, als wenn man einem lebenden

lassen? Wo legen wir die Schlüssel hin, daß er sie findet?

Auf den Tisch. Wenn er hereinkommt, wird er sie sofort sehen; die Thüre werden wir nur anschauen.

Sie schwiegen wieder. Jacquemin nahm die Reisetasche. Aus einer Ecke, wo der kleine Holzstisch hing, kam ein leises Zwitschern. Das junge Mädchen hob ein Stück altes Band auf und wollte es an dem Ring des Rüssigs befestigen, als die Stimme ihres Vaters sie daran verhinderte.

Daß den Vogel, Babette, Herr Petit-Waudren wird ihn gut verpacken. Ein Vogel, den man mit auf die Reise nimmt, ist eine unnöthige Last.

Das Gesicht Babette's wurde noch betrübter. Zuerst schien sie un schlüssig und hörte, in Gedanken versunken, dem munteren Zwitschern des Finken zu. Dann hing sie ein letztes Mal, wie es ihre Gemohnheit war, den Rüssig in die Sonne, in deren Strahlen der Vogel sein lustiges Lied hinanstrahlerte.

Es ist Zeit, sagte Jacquemin, der Zug nach Charleroi geht in einer halben Stunde ab.

Es wurde wieder still. Jacquemin legte drei oder vier Schlüssel, die an einem Schlüsselring befestigt waren, auf den Tisch. Babette nahm den Bettfack auf und sie gingen hinaus. Der Vater machte die Thüre zu, ohne sie abzuschließen. Sie fühlten Beide wie ihr Herz klopfte, nun da sie wieder in eine andere Gegend ziehen mußten beim Scheine der Morgen-
sonne, die heiter auf ihren Weg herab-
lächelte, während sie so den Fußsteig hinter den Häusern dahinschritten.

Bis zur Eisenbahn begegneten sie Niemandem. Auf dem Bahnhof trafen sie zwei Reisende, die sie kannten, und die den Morgenzug ebenso wie sie zu benutzen gedachten. Der eine war ein Kleinbürger aus Pont-sur-Sambre, mit dem Jacquemin einige Mal zu thun gehabt hatte; die andere eine Handelsfrau aus dem Dorfe, die einen Laden hatte, in dem Alles zu haben war, Spezereiwaren und Krämerwaren aller Art, deren Kundin Babette beständig gewesen war. Als der Steiger mit seiner Tochter eintrat, vernahm es der Bürger nach ihnen hinzusehen; er lehrte ihnen sogar den Rücken und ging an das Fenster, um die Wollen zu

betrachten, während die Händlerin mit verlegener Miene in einen benachbarten Saal ging.

Jacquemin läste zwei Biletts nach Brügge, ging dann hinaus und wartete mit Babette auf den Augenblick der Abfahrt.

Es hatte noch nicht sechs Uhr geschlagen, als man auf dem schwarzen hohen Viadukt von Pont-sur-Sambre den Personenzug dröhnend dahin rollen hörte. Hinter einem Fenster der dritten Klasse sah das bleiche starre Gesicht des jungen Mädchens nach dem Dorfe hinab, dessen Dächer unter der Brücke immer weiter zurückwichen. Sie und ihr Vater rebelen kein Wort, während sie der Waggon hinweg-
trug. Babette sah, wie die gewohnten Schattenbilder sich auflöseten, das wohlbekannte Thal, der Weg, der sie an jenem Winterabend mit Schneegestöber empfangen hatte und von dem sie jetzt im kühlen Sonnenstrahle wieder scheiden mußten. Nur die braune Erde, die sich mit dem zarten Grün der Bäume zu schmücken begann, schien ein Andenken an sie bewahren zu wollen. Dieses ganze Land, das sie verließ, erschien überwältigt von dem rasch auf einander folgenden betäubenden Ereignissen und erschüttert durch die schwindelerregenden Katastrophen — aber hier war es, wo eines Tages ein junger Mann mit ihr gesprochen, und in diesem Frühlingshäuche, sagte sie sich ganz leise, daß sie hier ihre Seele lieg.

Der Zug eilte dahin, sie sah unter sich die glänzenden Wellen der Sambre, und ihre Augen, die voller Unruhe die wechselnden Landschaftsbilder betrachteten, nahmen plötzlich ganz unten am Ufer des Wassers ein kleines Haus wahr, dessen Thür geschlossen war. Ihr Blick haftete lange an dem kleinen Dache, welches immer mehr zusammenschrampte und an diesen lieben Mauern, an der breiten steinernen, sonnenbeschienenen Schwelle, wo sie oft sich niedergelassen hatte, — zum letzten Male sandte sie ihnen ein herzujunges Lebewohl.

In ihre Augen traten Thränen, ihre Seele empfand ein unenbliches Weh. Der Zug stoh immer schneller dahin. Felsen erschienen und verschwanden wie Gespenster vor den Fenstern. Dann ward es plötzlich dunkel und der Zug brauste in die Nacht eines Tumults hinein.

Organismus das Rückgrat zerbräche und ihm dann noch zu gemüthet würde, dasselbe zu leisten wie vorher. Dagegen wehre ich mich, daß der Sozialdemokratie ihr Rückgrat zerbrechen, d. h. ihr Prinzip, der Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen und die Staatsgewalt, durch eine lahme Taktik und Kampfmethode und durch den ausschließlichen Kampf für sogenannte praktische Ziele in den Hintergrund geschoben wird.“

Vollmar will zum Schluß seine Leser glauben machen, daß wir Groß-Inquisitoren seien, die ein Rehergericht über ihn abhielten, oder öffentliche Ankläger, gleich jenem Ankläger des Konvents. Die Objektivität unserer Darlegungen ist die schärfste Widerlegung dieser gefühllosen Insinuation.

Wir wenden uns nicht gegen die akademische Erörterung des Staatssozialismus, obwohl unseres Erachtens etwas Neues darüber nicht gesagt werden kann, sondern gegen den Versuch, opportunistische Anschauungen in die Partei hineinzutragen und dadurch Agitation und Taktik der Sozialdemokratie, die im Boden des Klassenkampfes wurzelt, zu verwirren und zu gefährden. Würde das Proletariat — daß es nicht geschieht, dafür bürgen sein Klassenbewußtsein und seine Vergangenheit — die Vollmar'schen Wege mandel-
keln, so zerbräche es die Waffen, mit denen allein es den Feind fällen kann. Darum keine Verwässerung, keine Versumpfung!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juli.

Afrikanisches. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht einen am 24. Juli eingegangenen Bericht aus Dareessalam, 1. Juli 1892 des kaiserlichen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Herrn v. Soden, über die jüngsten Vorgänge im Kilimandjaro-Gebiet nebst einer Anzahl diesem Bericht beigefügter Anlagen. Unter diesen befinden sich auch zwei Protokolle über die Vernehmung des Unteroffiziers Bartel und des Lazarethgehilfen Wiest über die Kilimandjaro-Offäre.

Es erhellt daraus, heißt es in dem Bericht des Gouverneurs, daß unser Verlust in zwei weißen Offizieren und 82 Soldaten besteht, und daß der Grund des Rückzuges vor allem wohl darin zu suchen ist, daß die beiden europäischen Offiziere gleich am Anfang der Aktion geschichtsunfähig wurden und die Munition ausgegangen war. Deshalb die stets als unheimlich bezeichnete Station nicht gehalten wurde, läßt sich aus den bisher vorliegenden Angaben noch nicht entnehmen. Nachdem ich bisher Herrn von Mantouffel dahin instruirte hatte, sich auf einen Entzug der Kilimandjaro-Station zu beschränken, diese wieder zu besetzen und Kompanieführer Johannes, der vorsichtig und mit den Verhältnissen vertraut ist, dort zu lassen, um den Versuch zu machen, allmählig wieder friedliche Verhältnisse herzustellen, habe ich angeordnet, der neu geschaffenen Lage diese Instruktion dahin abgeändert, daß Herr v. Mantouffel sich zunächst an der Grenze, in Ilungu oder sonst in einer gesicherten Stellung beobachtend festsetzen und die Ereignisse am Kilimandjaro abwarten soll, bis ich auf seinen Bericht hin weitere Entschlüsse treffen würde. Zu dieser Instruktion veranlaßten mich die nachstehenden Erwägungen:

1. Ist außer einer Station am Kilimandjaro zunächst für uns nichts weiter zu verlieren noch zu beschützen, höchstens die Beziehung kein Grund zur Beunruhigung vor;

2. Sind voraussichtlich jetzt alle Häuptlinge in Freundschaft und Furcht gegen uns verbunden, ein Verhältniß, das in kurzer Zeit sich ändern und möglicher Weise in das Gegentheil umschlagen kann, weshalb auch von diesem Standpunkt aus keine Gefahr im Verzuge ist;

3. Kommt es vor allem darauf an, den Häuptlingen in Njambara, wie Simboda und anderen unsicheren Leuten, durch Erscheinen einer starken Truppenmacht jede Lust zu benehmen, auch ihrerseits sich zur Untothmähigkeit hinreizen zu lassen;

4. Ist ein kriegerisches Vorgehen innerhalb des Kilimandjaro-Gebiets auch mit an sich überlegenen Streitkräften jeder Zeit im Erfolg unsicher. Selbst ein Sieg würde nur durch große Anstrengungen für eine dauernde Befestigung Erfolge für uns haben.

Schließlich bemerke ich noch, daß ich nach Abgang der Post mit persönlich nach Tanga zu geben gedente, um dem Schauspiel und Herrn von Mantouffel (dem Oberführer der Kilimandjaro-Truppe) etwas näher zu sein.

*) In einer der nächsten Nummern beginnen wir eine Artikelreihe über den Staatssozialismus.

Im Thale herrschte nun wieder völlige Ruhe. Das Wasser plätscherte leise an den alten schwarzen Brückenbögen, Menschen schritten über die Rasenteppiche am Ufer, in dem Dorfe wurden die Thüren geöffnet und die Leute begannen sich zu unterhalten; jeder Winkel des Dörfchens hatte bei dem hellen Sonnenschein eine strahlende Mauer aufzuweisen, jede Wohnung ein sonnenbeschienenes Fenster, jeder Grashalm einen Thautropfen, der wie ein Diamant funkelte; und auf der Uferstraße hörte man immer noch in dem Rüssig, der an dem verlassenen Hause befestigt war, den blinden Vogel sein Lied schmettern.

Viertes Buch.

Eine veredelte Kneipwirthin und eine Kloster-
ruine, aus der neues Leben erblüht.

Unter den alten katholischen Klöstern in Flandern war das alte Beguinenkloster in Brügge eines der berühmtesten. Das Kloster existirt nicht mehr, und seine Geschichte hat es nur noch im Geiste der Wenigen überlebt, die sich um dergleichen kümmern. Von dem Gebäude ist nichts mehr übrig, als wie zu seinem Andenken ein weiter Hof, der stellenweise gepflastert ist und geschmückt mit kleinen dreieckigen Rasenplätzen und in regelmäßigen Zwischenräumen mit großen Bäumen bepflanzt und ganz umgeben von alten kleinen Häusern mit kleinen spitzen Giebeln und mit kleinen Thüren und Fenstern. Ein Kanal fließt rings um diesen Platz, wie ein Graben um eine besetzte Stadt, und die Brücke, die zu dem Plage führt, ist mit einer Vorhalle verbunden, in deren mit Glasscheiben versehenen Nischen blutende Christusbilder und gemalte Madonnen Platz gefunden haben. Das Alles erscheint ebenso alterthümlich wie verwildert. Das Wasser bespült die mit Moos bewachsenen schwarzen Mauern des Klosters, und eine Mühle, die man rauschen hört, steht mitten im Kanal. Jetzt bildet dieser Platz ein Stück Altstadt, der von Bürgern bewohnt wird und immer noch für ein Kloster gehalten werden könnte, eine Art Landhaus im strengen Mokokostyl, das mit gothischen Phantasiestücken verziert ist und weit draußen in einer Vorstadt, dicht am Flusse, in dessen Wellen die Dächer sich hin- und herbewegen

Ueber die Weltausstellung bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende offizielle Notiz:

In der Presse ist mehrfach die Auffassung hervorgetreten, als ob die Entscheidung über die Weltausstellungsfrage bereits in den nächsten Tagen zu erwarten stände. Diese Auffassung muß als unzutreffend bezeichnet werden, und zwar schon aus dem Grunde, weil die seitens des Reichskanzlers von den verbündeten Regierungen erbetenen Meinungen über deren Stellungnahme zu dem Projekt und über die Stimmung der industriellen Kreise erst zum kleinen Theile eingegangen sind.

Moskauer Kapital. Die in den Alters- und Invalidenversicherungsanstalten aufgeschämten Gelder erwecken den Mißstand des Kapitals. Das Gesetz bestimmt zwar, daß die Gelder nur in öffentlichen Sparkassen oder wie Gelder bevormundeter Personen angelegt werden dürfen. Sofern über die Anlegung der Gelder Bevormundeter besondere gesetzliche Vorschriften nicht bestehen, hat die Anlegung in Schuldverschreibung des Reiches oder der einzelnen Bundesstaaten, oder unter gewissen Bedingungen solcher einzelner kommunaler Korporationen zu erfolgen. Auch bei der Reichsbank können die Gelder verzinslich angelegt werden. Leider gestattet aber das Gesetz für den vierten Theil des Vermögens der Versicherungsanstalten die Genehmigung der Anlegung in anderen zinstragenden Papieren oder in Grundstücken. Schon lange wird hierauf seitens proffischlicher Kapitalisten spekuliert. Es werden von diesen freilich „Wohlfahrtsanstalten“ für die arbeitende Bevölkerung, vor allem der Bau von Arbeiterwohnungen vorgeschlagen. Dieser Vorwand soll den mäßigen Zinsfuß, unter dem das Kapital hergegeben werden soll, rechtfertigen, und alles das, um was der Zinsfuß für das den Privatspekulanten hergegebene Kapital erniedrigt wird, ist für diese der reine Profit. Wie von einigen Blättern berichtet wird, hat der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt bereits den Beschluß gefaßt, solche „Wohlfahrtsanstalten“ von Privatspekulanten durch Darlehen zu mäßigem Zinsfuß zu unterstützen.

Schwerwiegende Bedenken. Die von uns veröffentlichte vertrauliche Verfügung der Reichs-Postverwaltung gegen den Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamten findet nirgends Billigung, wenn auch nicht die scharfe Klage, welche sie verdient. Vor Allem wird beklagt, daß der „Vorwärts“ solche „Fühlung“ in den Kreisen der Post- und Telegraphenbeamten habe. Die „Kreuz-Zeitung“ giebt einfach die Verfügung wieder, indem sie folgende Bemerkung hinzufügt: „In diese Verfügung echt, so unterliegt sie auch nach unserem Urtheil schwerwiegenden Bedenken.“

Die ausgeführte Weltbiene. Die „Kölnische Zeitung“ erstickt wieder in voller Unterthänigkeit vor ihrem Bismarck. Wohl wendet sie sich noch gegen die „Taktlosigkeit“, die „Verdächtigungen“ und „Insinuationen“ der „fogenannten“ Bismarckblätter. Der Unwille über das „Gebahren dieser ungeschickten Presse“ ist allgemein, und die Verehrer des Fürsten bedauern, daß unterstützungsbedürftige Elemente sich an ihn herandrängen dürfen, welche den Unmuth des „ersten deutschen Mannes“ am liebsten wie ein Silberbergwerk ausschöpfen möchten. Die Gedanken und Empfindungen des ersten deutschen Reichskanzlers sind Berlin, die nicht jedem Reporter vorgeworfen werden sollten. Also daher der Schmerz, daß der göttliche Sankt seine Perlen den Säuen, den ganz gewöhnlichen und gemeinen Reportern vorwarf, statt sich für seine Offenbarungen der wohlthätigen und ehrbaren Weltkuppel, genannt „Kölnische Zeitung“, zu bedienen. Braucht der Fürst Bismarck zu seinen schmutzigen Geschäften ein Dörschen Lakoniker, so soll ihm diese wenigstens durch die ehrbare „Kölnische Frau Hürtig“ zugeführt werden.

„Ich bedauere jeden konfessionellen Kampf“, soll Fürst Bismarck in Kissingen gesagt haben. Hierzu bemerkt die ultramontane „Kölnische Volks-Zeitung“: „Welche Selbstüberwindung muß es ihm demnach gekostet haben, als er den K u l t u r k a m p f vom Tische brach! Daß er vor Tausenden von Menschen einen solchen Satz auszusprechen magt, ist entweder ein Beweis großartiger Mangel an Erinnerungsvermögen oder ein arger Hohn auf die Gedächtnisschwäche und Denkfähigkeit der Masse, zu welcher er sprach.“

Kampf um das allgemeine Stimmrecht in Belgien. Der Agitation der belgischen Sozialdemokraten um das all-

scheinen, wie die verummten Köpfe einer Reihe alter Weiber im Gebet.

Es ist da, wohin, wie man sich erinnern wird, eines Abends Jacquemin gegangen war.

Zu jener Zeit, in welcher sich die Begebenheiten, von denen hier die Rede ist, ereigneten, gehörte zu der Zahl der Bewohner des alten Beguinenviertels eine alte Dame, die Gräfin de Rochefort, eine Französin aus einer burgundischen Familie, die Wittwe eines Grafen, der gleich ihr von französischer Abstammung war.

Ungefähr sechzig Jahre alt, brünett, von hoher Gestalt mit derben Manieren und freier Ausdrucksweise, mit langer vornehmer Nase, starken Augen, mit langen Locken wie Ludwig XII., die ihr Gesicht einrahmten, und einem großen, gütigen Munde, schöner schwarzer Augen, aus denen feurige Heiterkeit leuchtete, mit einem Benehmen, das zwar männlich erschien, aber zugleich das einer vornehmen Dame war; so war die Gräfin bei Lebzeiten des Grafen die Seele und der Verstand ihres Mannes gewesen. Wenn er in großem Stille zu leben vermocht hatte, so war es ihr zu danken gewesen. Als achtbarer, verhältnismäßig gebildeter, aber apathischer Mann, befand er sich, angetrieben durch den hohen Eitelkeit seiner Frau, unter jenen Edelknechten, welche in der Zeit von 1830-50 sich in aller Loyalität den demokratischen Ideen hingaben und vor aller Welt die Phrygische Mütze in ihr Wappen aufnahmen.

Seit 1849 waren allerlei verhängnisvolle Ereignisse, die mehr privater als öffentlicher Natur waren, Schlag auf Schlag einander im Leben der Rocheforts gefolgt. Sie hatten eben ihre einzige Tochter verheiratet, und da sie im Genuße eines ansehnlichen Vermögens waren, hatten sie dieselbe kostbar ausgestattet. Darauf war im Dezember der Staatsstreich gekommen. Der Graf war von Napoleon verbannt worden und hatte sich nach Brügge geflüchtet. Sein großes Vermögen war einige Jahre später bei einer fatalen finanziellen Katastrophe verloren gegangen. Kurze Zeit darauf war er gestorben. Die Gräfin blieb allein als Wittve mit 45 Jahren auf eine Leibrente von fünftausend Franken, als Rest ihres verschwundenen Reichthums anzuweisen.

(Fortsetzung folgt.)

gemeine Stimmrecht haben sich jetzt auch die organisierten katholischen Arbeiter angeschlossen. Das ist ein empfindlicher Schlag für die Merikalen, die ebenso wie das Groß der Liberalen das allgemeine Stimmrecht bekämpfen.

Belgischer Anarchistenprozess. Lüttich, 26. Juli. Nach fünfständiger Berathung beantworteten die Geschworenen die ihnen gestellten 24 Schuldfragen meist bejahend, obwohl sie größtentheils mildere Umstände annahmen und die Angeklagten für verführt oder überreizt erklärten. Nach fast zweistündiger Berathung veröffentlicht der Gerichtshof das Urtheil, nachdem der Vertheidiger vorher den Gerichtshof beschworen, maßvoll im Strafmaße zu sein. Nach dem Urtheil erhalten, wie gestern schon erwähnt: Moineau 25 Jahre Zuchthaus, Wolff 20 Jahre Zuchthaus, Guillemet 8 Jahre Gefängnis, Mathysen, Marcotti, Lacroix, Massini jeder 15 Jahre Zuchthaus, Hansen 10 Jahre Gefängnis. Der Urtheilspruch macht einen sehr tiefen Eindruck auf das Auditorium, das weit geringere Strafmaße erwartet hatte. Der Präsident vertritt die Verurtheilten auf den Tag der Begnadigung, welchen jeder durch sein Betragen beschleunigen könne. Moineau antwortet, er wolle nichts von der Bourgeoisie und ruft: „Hoch lebe die Anarchie!“ Die Angeklagten werden dann unter lebhaften Mitleidsbezeugungen des Publikums (viele Frauen weinen laut) abgeführt. Unter den Geschworenen, Rechtsanwältinnen und dem Publikum zirkulieren Subscriptionslisten zu Gunsten der Frauen und Kinder der Verurtheilten, in welche bedeutende Beträge eingezeichnet werden.

Die Cholera macht immer weitere Fortschritte. So meldet unter dem 27. Juli die „Tilfiter Allgemeine Zeitung“, daß in Eydtkuhnen ein aus Rußland eingetroffener Reisender als cholerakrank wieder über die Grenze zurückbesördert wurde.

Aus dem russischen Choleragebiet berichtet die „Kreuz-Zeitung“:

„Eine „Regierung“ giebt es bei uns gar nicht mehr, die Orthodoxen prägen sich mit den Evangelischen und Katholiken, die Christen mit den Muhammedanern, die Sunniten mit den Schittiten und alle zusammen sich mit den Juden. Da fast alles Militär nach dem Westen verlegt ist, und die hier zurückgebliebenen Bestände nur gering sind, so konnten auch die Unruhen erst nach Ankauf von herbeigebrachten Truppentheilen unterdrückt werden. Die Lage der Deutschen wird immer schlechter, selbst Juden erklären, daß sie trotz der über sie verhängten Ausnahmegesetze mit den Deutschen nicht tauschen möchten. Diese Gehehe haben nämlich den Vorzug, daß sie vielfach nicht ausgeführt werden; sobald nur ein Beamter bestochen wird, denkt er überhaupt nicht mehr daran. Die Lage der Deutschen ist deshalb so präkar, weil die panflavisische Agitation es dahin gebracht hat, daß sie sowohl den Tschinowitsch als dem Wölfe in hohem Grade verhaßt sind. Sobald nur einem Deutschen etwas am Zeuge geflickt werden kann, stürmen Alle auf ihn ein. Auch die Katholiken haben sehr viel zu leiden.“

Hinrichtung der russisch-bulgarischen Verschwörer. Sofia, 27. Juli. Nachdem gestern Abend die Bestätigung der in dem Prozesse Weltsech ausgeprochenen Todesurtheile eingetroffen war, hat heute früh in dem Hofe des Gefängnisses von Tscherna Djaemia, in welchem ein großer Galgen errichtet war, die Hinrichtung Milaroff's, Alexander Karaguloff's, Popow's und Thomas Georgiewitsch durch den Strang stattgefunden. Der Hinrichtung, welche ohne jeden Zwischenfall verlief, wohnten der Plagkommandant, der Staatsanwalt, mehrere Ärzte, die Epitphen der Behörden und die Verwandten der Verurtheilten bei. Karaguloff starb mit dem Rufe: „Es lebe Makedonien!“ die anderen drei starben mit dem Rufe: „Es lebe Bulgarien!“

Kulturfortschritte in Afrika. Die Eingeborenen Afrikas haben in kurzer Frist die Höhe der tausendjährigen europäischen Kultur erklommen. Nicht bloß sind sie bereits Theilnehmer der Streitigkeiten zwischen Franzosen, Engländern und Deutschen, sondern „katholische“ und „protestantische“ Regier führen bereits gegenseitige Schlächten und führen regelrechte Meheleien aus, Alles „zur größeren Ehre Gottes“.

Parteinahmigkeiten.

Für die Reichstags-Verfassung im Kreis Löwenberg ist seitens unserer Partei Genosse H. Keller aus G r l i t z als Kandidat aufgestellt. Das „Ditscherger Tageblatt“ erklärt es für unmögl., daß Professor Kaufmann aus Breslau als national-liberaler Kandidat in Aussicht genommen sei.

Schlechte Geschäfte hat ein Spekulant der „Unabhängigen“ auch in Schlessien gemacht. Dasselbe sprach er am 28. Juli in Langenbielau, am 29. Juli in Reichenbach. In beiden Versammlungen fiel er total ab. Er wurde, wie der „Proletarier“ berichtet, von den sozialdemokratischen Rednern und durch stürmische Fragen aus den Reihen der übrigen Anwesenden dringend ermahnt, doch das Geheimniß zu verrathen, wie man eine gründliche Umgestaltung der gegenwärtigen Zustände herbeiführen könne, ohne resp. gegen die Majorität der arbeitenden Klasse. Trotz der allseitigen Versicherung, daß es auch und zu langsam gehe und daß alle Anwesenden sofort bereit seien, ihm zu folgen, wenn er, entgegen dem Wege, den die sozialdemokratische Partei marschire, einen anderen, kürzeren zeigen könne, mußte der „Unabhängige“ rund und nett erklären, daß er einen solchen Weg nicht wisse. Da wurde ihm denn nun allerdings unweidlich aus der Versammlung heraus zu verstehen gegeben, daß er, wenn er dies nicht könne, auch kein Recht habe, seine Zersplitterungsversuche unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft fortzusetzen, und daß er demgemäß seine sonstige Weisheit für sich behalten solle. Durch diese Kundgebung der Versammlung sehr bemerkbar in die Enge getrieben, erklärte der „Unabhängige“, daß das von ihm Vorgelegene nun einmal seine Ansicht sei und so gut, wie er uns unsere Ansicht lassen wolle, solle man ihm doch auch die seinige lassen. Darauf rief ihm einer unserer ältesten Genossen, der zwar kein Redner ist, aber schon seit 1868 in der sozialistischen Bewegung steht, sehr richtig zu: „Ja, ja, nehmen Sie Ihre Ansicht ruhig wieder mit nach Hause!“ Durch diese und ähnliche guttrefende Bemerkungen aus der Versammlung war der „Unabhängige“, der sonst nicht als schicktem gilt, allmählich in eine ungemein flehliche Stimmung gekommen, die in seinen Worten dahin anklang, daß er deutlich zu verstehen gab, er sehe ein, daß der unabhängige Weizen hier nicht blähen werde. Von der Versammlung wurde dem Herrn, dessen Ausführungen allerdings alles andere, n u r n i c h t r a d i k a l waren — vorausgesetzt, daß man unter Radikalismus etwas Anderes, als die Kurmethode des Doktor Eisenbart versteht — auch recht begreiflich gemacht, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nicht die geringste Lust verspürten, sich zu Unbesonnenheiten und zwecklosen Putschereien hinreißen zu lassen, und den heimlichen Hinterladern und Kanonen keine Gelegenheit zur Wirksamkeit geben wollen, sondern daß sie zwar auch die Waffe der Arbeitseinstellung brauchen wollen, wenn es eben nicht anders gebe und wenn wenigstens die Möglichkeit eines Erfolges in Aussicht stehe, daß sie den wirtschaftlichen Kampf, die Gewerkschafts-Bewegung, gleichzeitig aber auch den politischen Kampf wollen, und daß sie unaufhörlich dafür wirken werden, die Arbeiter, welche noch gleichgiltig beiseite oder im Banne der Gegner stehen, aufzurütteln und zu Kampfgenossen für die endgiltige Befreiung der Arbeiterklasse zu werden. Es wurde ihm ferner begreiflich gemacht, daß die Arbeiterschaft des Kreises Reichenbach, soweit sie zur Erkenntniß der Ursachen ihrer Klassenlage gekommen, der einzig in ihrer Art bestehenden Konfusionsräthe der „Unabhängigen“ nicht benötigt und sie nicht haben will. Endlich wurden auch die Angriffe und Verleumdungen, welche der „unabhängige“ Referent und seine paar Mit-unabhängigen an anderer Stelle gegen die bewährten sozialdemokratischen Parteiführer geschleudert, gebührend und unter dem ungetheilten Beifall der Versammelten zurückgewiesen und der „Unabhängige“ hat sich auch gebüet, dieselben in diesen beiden Versammlungen zu wiederholen. Folgende Resolution, gestellt vom Genossen Feldmann, wurde von den sehr zahlreich Versammelten, nachdem die Debatten in jeder Versammlung ca. 5 Stunden gedauert, also das Für und Wider gründlich erwogen war, angenommen; dieselbe lautet:

In Erwägung, daß die Erreichung der wirtschaftlichen Macht und die Befreiung der Arbeiterklasse von der Herrschaft des Kapitalismus ohne die Eroberung der politischen Macht unmöglich ist, erklärt die heutige Versammlung an der bisherigen Taktik der sozialdemokratischen Partei festhalten zu wollen. Sie erklärt nach wie vor mit allen Kräften und allen zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Erreichung der sozialdemokratischen Ziele zu kämpfen. Insbesondere hält die Versammlung die Theilnahme an den verschiedenen Wahlen im Interesse der Agitation für geboten.

Ferner erklärt die Versammlung die gegen die Einheit der Partei gerichteten Bestrebungen der „Unabhängigen“ als nicht im proletarischen Interesse liegend, sondern direkt dagegen verstoßend.

Gegen diese Resolution stimmten in der Langenbielauer Versammlung 18, in der Reichenbacher 17 Personen. Konstatirt sei gleichzeitig, daß sich diese Widerwärtigkeit der „Unabhängigen“ aus dem ganzen Kreise Reichenbach rekrutirte, daß also Alles in Allen 18 „Unabhängige“ in Langenbielau, Reichenbach-Gründel und Peterwaldau Summa Summarum vorhanden sind. Daß diese Thatsache konstatirt werden konnte, dafür sagt der „Proletarier“ dem „unabhängigen“ Referenten aufrichtigen Dank. „Daß die paar Leuten nicht aufhören werden, Quertreibereien zu machen und zu säulern, dafür bürgt uns das, was wir von denselben wissen, aber zur Klärung der Situation waren diese beiden Versammlungen einfach von unschätzbarem Werthe für die proletarische Bewegung der hiesigen Gegend; die Störenfriede haben sich das Wasser gründlich abgekühlt.“

Ueber den mehrfach erwähnten Dr. Dannel, den die Antisemiten, wie es heißt, auch noch als Reichstags-Kandidaten aufstellen wollen, bringt der Bielefelder „Wächter“ — wie wir in der dortigen „Vollmacht“ lesen — folgende neue Enthaltungen:

„Ein antisemitischer Volksbegleiter. Die Erscheinung, daß selbst Leute, die sonst auf öffentliche Achtung Anspruch machen und sich zur Gesellschaft rechnen, die Anstand und gute Sitte hoch hält, hinter zweifelhaften Eristenzen herlaufen und dieselben als die geistig lebendigen Vorbilder ihrer antisemitischen „Volksbegleitung“ anerkennen und ausloben, ist so betäubend und widerwärtig, daß man die Pflicht hat, auf das Treiben der Hege volles Licht zu werfen und ihrer Gefolgschaft noch rechtzeitig einen Warnungsruf entgegen schallen zu lassen. Unter die bezeichnete Sorte von Agitatoren gehört der unruhlich bekannte Dr. Dannel, ehemals evangelischer Geistlicher, der hier seit einiger Zeit wohnt und, nachdem er sich in Bielefeld nach Kräften diskreditirt hat, nach auswärts geht um dort seine bödsartige, den bürgerlichen Frieden schwer bedrohende Hege in Scene zu setzen. Kürzlich hatte Dannel Ostfriesland zum Feld seiner Agitation aufgesehen und bei seinem öffentlichen Auftreten so dreist gelogen, daß wir uns veranlaßt sehen, diesem Wahrheits-Apostel Stöcker'schen Bekenntnisses das Licht etwas unter die Nase zu halten. Dannel erklärte nach einem Bericht des „Ostfriesischen Anzeigers“ vom 20. Juli in einer Versammlung zu Dorum ebenso wie in anderen Versammlungen, er sei als Pastor nicht abgetret, sondern nur zum Zwecke seiner jetzigen Agitationsreisen vorübergehend aus dem Amte getreten; nach Beendigung seiner Reisetouren werde er jedoch in der Provinz Sachsen als Pastor wieder angestellt. In der That ist der Herr von Wobelschwingh sei er nicht, wie von anderer Seite behauptet werde, als Pfleger, sondern als besoldeter Beamte thätig gewesen, er habe aber wegen Zwistigkeit unter den dortigen Beamten seinen Posten niedergelegt. Zur Beglaubigung dieser seiner Aussage präsentirte er einen Brief des Herrn Pastor v. Wobelschwingh, mit dem er als Freund und Kollege noch täglich im Briefwechsel stehe. Vorstehende Mittheilungen tragen den Stempel der Verlogenheit an der Stirn und, wie wir hören, ist Herr v. Wobelschwingh auf den schändlichen Mißbrauch aufmerksam geworden, der mit seinem Namen getrieben wird. Mit Bezug hierauf ist uns folgendes Schreiben zur Veröffentlichung übergeben worden: Bielefeld, den 22. Juli 1892.“

Sehr geehrter Herr!

In dem mir gütigst zugestellten „Ostfriesischen Anzeiger“ Nr. 54 vom 20. v. M. finden sich einige Auslassungen des Dr. Dannel wiedergegeben, in welchen sich derselbe u. A. auch auf meine Person bezieht und angebt, er sei in hiesiger Anstalt nicht als Pfleger, sondern als Beamter thätig gewesen, habe wegen Zwistigkeiten unter den hiesigen Beamten seinen Posten niedergelegt und stehe mit Unterzeichnetem als Freund und Kollegen noch täglich im Briefwechsel. Zum Beweis seiner Aussagen habe er einen Brief von mir präsentirt.

Sollte der Betreffende wirklich diese Aussagen gemacht haben, so muß ich sie von Anfang bis zu Ende als falsch bezeichnen! Dr. D. ist Pfleger unserer Anstalten gewesen, von seinem Vater hier untergebracht, der auch für ihn bezahlt hat! Von Zwistigkeiten unter den hiesigen Beamten, um deren Willen er seinen Posten hier niedergelegt haben will, ist mir nichts bekannt, wohl aber, daß er sich nicht entschließen konnte, die Wege in die Stadt und in die Versammlungen aufzugeben, und daß dies ihm zur Bedingung seines Weidens in der Anstalt gemacht war!

Es ist mir nicht erinnerlich, jemals einen Brief von Herrn Dr. Dannel empfangen zu haben, jedenfalls habe ich einen solchen nicht beantwortet, es müßte denn sein, daß ich, während er hier uns heimlich verlassend hatte, ihm die Bedingungen geschrieben, unter denen allein wir ihn wieder als Pfleger aufnehmen könnten, aber auch dessen entsinne ich mich nicht!

Hochachtungsvoll
gez. H. v. Wobelschwingh, B.“

Vorstehender Brief dürfte vielleicht Manchen die Augen öffnen über einen Menschen, der namentlich im hiesigen deutschsozialen Reformverein eine hervorragende Rolle spielt.“

Berichtigung. Unter den im Monat April aufgeführten Strafverfolgungen figurirt auch eine gegen Genossen Scherr und 6 Genossen in Trier gerichtete Anklage auf Uebertretung des Vereinsgesetzes. Juristischere Weise ist der Antrag des Staatsanwalts (180 M. Geldbuße und Vereinsauflösung) als Urtheil aufgeführt, während dieses auf Freisprechung lautete. Somit sind von den pro April aufgeführten 2054 M. Geldstrafe jene 180 M. in Abzug zu bringen. Einige Druckfehler (G. B. Weber statt Maier, Wühr in Berlin, A u m b u r g als Gerichtsbezirk) statt Neuburg im Prozesse wider Fischer aus Maastricht blieben unberichtigt, weil sie unwesentlicher Natur sind und den Thatbestand nicht berühren.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 28. Juli.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Das Sonntagskind.
Stend-Theater. Heinrich Heine.
Vorher: Das Sonntagskind von Berlin.
Kroll's Theater. Die Stumme von Portici.
Schallianzer-Theater. Das kleine Krotodil.
Adolph Ernst-Theater. Ein alter Haldobri.

Berl. Sommer-Theater

(Bock - Brauerei, Tempelhofer Berg).
Donnerstag, den 28. Juli:
Benefiz-Vorstellung
für die Geschwister
Laura, Amalie und Gisela Neumann.
Posse. Ballet.
Spezialitäten 1. Ranges.

Zum 21. Male:
Ein moderner Rasersalon.
Posse in 1 Akt v. L'Arronge. Inszeniert von Paul Paul.
Gold und Silber.
Grosses Ballet-Divertissement.
Prima Ballerina: Marie Ala. 6 Solotänzerinnen, ein Solotänzer, Corps de Ballet 20 Damen.
Geschw. Neumann als dirigierende Kapellmeisterinnen, Blumen-Corso der Benefiziantinnen.
Anfang: des Konzerts 6 1/2 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Täglich: Grosse Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Neu!
Blaue Grotte
mit Wasser, Rähen u. Beleuchtungseffekten.
Neu!
Eine Kriminalgeschichte
in sieben lebendigen Gruppen.

Castan's Panoptikum.

Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Viktoria-Brauerei.

Pölgow-Strasse 111/112.
Im Konzertgarten resp. Saal.
Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger.
Stets wechselnd. Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pfg.
Wochentagsbilletts à 40 Pfg. (S. Platate.)

Moabiters Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 80/81.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.
2289L. **Hellmuth Peters.**

Altes Schützenhaus, Diniensstr. 5,

(neu renovirt) empfiehlt sich den werthen Vereinen zu allen Besichtigungen, sowie Versammlungen. 819 b.

Franz Beyer,
Berlin N., Chausseest. 103.
Billige Bejusquelle
für Wein, Liqueure, Rum, Cognac, Fruchtsäfte. 2725L.

Pommersche Küche, N.O. am Waschplatz im Hause der Apotheke: Mittagstisch 30 Pfg., Bouillon, Braten u. Kartoffeln oder Gemüse mit Fleisch. Abendstisch 30-50 Pfg. Um gerechten Zuspr. bittet W. Runge, Waschplatz 15.

Vereinsszimmer b. Plick, Simonstr. 23.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
Mannstr. 38,
C. Wunsch, n. d. Oranienplatz

Achtung! Achtung!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Außergewöhnliche Versammlung!
Heute Abend 8 1/2 Uhr beim Genossen W. Gründel, Dresdenstrasse 116.
Tagesordnung:
Besprechung über die bevorstehende Vassalleier und das Verhalten des Gastwirths Herrn Kämpel in Treptow seinen gegebenen Versprechungen gegenüber. [899/17] Das Festkomitee.

Berliner Streik-Kontrollkommission.

Am Freitag, den 29. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstrasse 48 a:
Öffentliche Versammlung sämtlicher Delegirten.
Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über die demnächstigen Gewerbeberichtsahlen in Berlin. 2. Anträge verschiedener Gewerkschaften (Schneider, Barbierer). 3. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ist pünktliches Erscheinen die Pflicht sämtlicher Delegirten.
Ferner den Gewerkschaften zur Anmerkung: Am Montag, 1. August cr., findet Kommandantenstr. 57 (Berliner Ressource) eine öffentliche Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Berlins behufs Stellungnahme zu den Gewerbeberichtsahlen statt und werden die Gewerkschaften ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.
J. H.: Hermann Faber, 80., Grünauerstr. 4, Hof I.

Öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder der Ortskrankenkasse der Maurer

am Sonntag, den 31. Juli, Vormittags 10 Uhr, in der „Aktienbrauerei Friedrichshain“ (vormals Lips).
Tagesordnung:
1. Die Ursachen der Erlasse des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 22. Juni und 2. Juli 1892 betreffend Erhöhung der Beiträge. 2. Stellungnahme der Kassemitglieder zur event. Einführung der freien Arztwahl bei der diesseitigen Kasse. — Antragsbuch als Legitimation nicht erforderlich. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
A. Daehne, Vorsitzender. Simanowsky, Schriftführer.

Berlags-Buchhandlung des „Vorwärts“
Berliner Volksblatt
Berlin SW., Benth-Strasse No. 2.

Folgende Gesetze-Ausgaben unseres Verlages empfehlen wir zur Anschaffung:

Kranken-Versicherungs-Gesetz
vom 15. Juni 1883
in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892.
Mit erläuternden Anmerkungen, einem Anhange, enthaltend: die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung, die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, und das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen, und alphabetischem Sachregister.
Taschenformat. — Eleg. kart. 285 Seiten. — Preis 1,20 Mk.

Gesetz, betreffend die Gewerbe-Gerichte.
— Vom 29. Juli 1890. —
Mit erläuternden Anmerkungen, einer Uebersicht des Inhalts des Gesetzes und alphabetischem Sachregister.
Taschenformat. — Eleg. kart. 96 Seiten. — Preis 50 Pfg.

Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich
vom 21. Juni 1869
in der Fassung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1899 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezbr. 1894, 23. April 1896, 6. Juli 1897 und 1. Juni 1891 eingeführten Änderungen.
Mit erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister.
Zweite, durch die Ausführungs-Bestimmungen des Bundesraths vermehrte Auflage.
Taschenformat. — Eleg. kart. 64 Seiten. — Preis 1 Mk.

Verfassung des Deutschen Reichs
nebst
Wahlgesetz für den Reichstag und Wahlreglement.
Taschenformat. — Eleg. kart. 64 Seiten. — Preis 30 Pfg.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter
nach dem Reichsgesetz vom 22. Juni 1889 kurz und übersichtlich dargestellt.
Zum Handgebrauch für alle bei der Ausführung des Gesetzes Bethelligten.
Mit ausführlichem Sachregister und den Uebergangs-Bestimmungen des Gesetzes.
68 Seiten. — Preis broschirt 25 Pfennig.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von Auswärts bitten wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages. (Porto extra.)

Charlottenburg, Gambrinus-Brauerei,
Wallstraße 46.
Am Sonnabend, den 30. Juli ds. Js.:
II. Stiftungs-Fest
der Filiale Charlottenburg
der Central-Krankenkasse der Töpfer.
Großes Garten-Konzert,
unter gütiger Mitwirkung des „Jüngerschor der Töpfer“ (M. v. A.-S.-B.) und des Volkshumoristen Genossen S. Osang.
Im Saale: Ball.
Anfang des Konzerts 7 Uhr. Entree für Herren 50, Damen 30 Pfg.
Das Komitee.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler u. s. w. (Filiale F.)
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, den 2. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Nikolay, Elisabethkirchstraße Nr. 14.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1892. 2. Wahl eines Kassierers/Stellvertreters. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
305/10 Die Ortsverwaltung.

Zahnarzt Robert Wolf, Chausseest. 123, am Oranienburger Thor.
Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.
Anfall, Neue Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Andraastr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Wäsche, gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 2646L

Jede Uhr
zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 Mk. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 Mk. an. do. 10 Steine, von 16 Mk. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 Mk. an. Gold und Silber in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.
E. Rothert & Stolz, 1. Geschäft: Andraastr. 62. 2. Chausseest. 82. 3. Chausseest. 78. 4. Chausseest. 34.
Uhrmacher.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Benthstraße 2.
Soeben erschien:
Hef 22
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Hefen à 20 Pfg.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungspediteure und Kolporteurs entgegen.

Ein Schneider empfiehlt sich zum arbeiten außer dem Hause. Bestell. bei Wehnert, Rosenthalerstr. 10, Hof 4 Tr.

Ein Regenschirm mit geb. Griff ist am Sonntag im Müggelschloßchen verl. gegangen. Finder erh. Belohnung bei Knoch, Pöckerstr. 66, H. 1 Tr.

Restaurant
für 600 Mk. mit 300 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Werth 1500 Mk. Näheres Vorst. 3a, Hof 1 Tr. rechts. [1238b]

Kinderwagen größtes Lager, v. 7 Mk. an, auch Theilzahlung.
Oranienstr. 3 im Korbgeschäft. 720b

Betten, schönes Deckbett, Unterbett, Kopfkissen sof. bill. u. v. Brigerstr. 10 v. p.

Prächtige Wohnungen zu 55, 60, 65 Thlr. Hennigsdorferstraße 24 bei Berning. 854 b

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 180. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntag. [2656L]

Arbeitsmarkt.
Gewandte Herren
werden gegen festes Gehalt als Requisitionäre für die bekannte Arbeiter- und Kinder-Versicherung Friedrich-Wilhelm angestellt in der Subdirektion Königgräberstr. 117 L. 1238b

Licht. Decouptrer verl. Admiralstr. 18b.

Intelligenter Handwerker oder Werkführer,
600b
beliebiger Branche, findet Gelegenheit, sich mit einem erfahrenen, kapitalkräftigen Kaufmann zu verbinden. Ausführliche Zuschriften an Rudolf Mosso, Berlin SW., unt. J. C. 2645.

Danfagung. 1284b
Hiermit sagen wir allen Freunden und Kollegen für die rege Theilnahme an dem Begräbniß unseres unvergeßlichen Satten, Vaters, Bruders und Schwagers, des **Maurers Philipp Preis**, unseren herzlichsten Dank. Die trauernde Wittwe u. Hinterbliebenen.

Dr. Hossch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10

Kaninchen, weiße Mäuse, Tauben, kauft stets M. Rodtmann, Stralauerplatz 21.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. **Andraastr. 23, H. v.**
Wegen Umzugs nach auswärts verkaufe; mah. Kleiderschr. 22 Mk., Küchenschrank 10, Tisch 2, Paletot 3, Rock u. Weste 3, Stiefel 1,50 Mk. u. Vorst. 3a, Hof 1 r. 1289b

Swinemünderstr. 45/46: Billige Wohnungen. Vorderhaus 3 Treppen: 2 Stuben, Küche, Zubehör 320 Mk., 1 Stube und Küche 230 Mk., 1 Stube 110 Mk. Hinterhaus: 2fenstrige Stube und Küche 180 Mk. 1216b

Frei. Schlafst. an 1 Genossen zu verm. Manteuffelstr. 23, 4 Tr. r.

Fritz Berndt
Cigarren-Handlung
Hing. Schönhauserstr. 38

Lokales.

Sozialdemokratischer Bundesturntag. Wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, hat sich am 26. Juni in Brandenburg eine Vereinigung von Turnvereinen gebildet, welche mit „Märkischer Arbeiter-Turnerbund“ getauft wurde. Die Vereinsgründung erfolgte nach den Berichten einer Anzahl Delegirter, aus denen hervorging, daß es dem zielbewußten Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr möglich ist, Turnvereinen, in denen die Bourgeoisie das große Wort führt, beizutreten. Es liegen sogar Beispiele vor, nach welchen Männer, welche ihre eigene Meinung besitzen, als Mitglieder überhaupt nicht aufgenommen werden. So wird in dem Aufruf des „Deutschen Turnvereins“ frisch, frei, frohlich, fromm erklärt, daß Juden und Sozialdemokraten von der Mitgliedschaft ausgeschlossen bleiben. Ein Turnverein in Rathenow exkludirte eine ganze Anzahl seiner Mitglieder, weil sie in dem Rufe standen, Sozialdemokraten zu sein. Die turnenden Arbeiter wurden durch dieses diktatorische Vorgehen gezwungen, sich ihren Turnverein selbst zu gründen. Als erst einmal der Anfang gemacht war, nahm die Sache den besten Fortgang. Namentlich die kleinen Städte der Mark bezeugten großes Interesse für die Turnfrage der Arbeiter, welche sonst der Provinz immer mit gutem Beispiel vorangeht, hinkt in dieser Angelegenheit gewaltig hinterdrein. Einer der hauptsächlichsten Gründe, welche dies verschulden, ist zweifellos die Einrichtung der städtischen Turnhallen. Die Schuldeputation würde sicher keinen Augenblick zögern, den Vereinen, welche sich offen zur Sozialdemokratie bekennen, die Turnhallen zu verschließen. Man kennt ja die „Toleranz“ der „freisinnigen“ städtischen Behörden zur Genüge. . .

Um unter den Turnvereinen, welche der Arbeiterfrage nahe stehen, einen Verkehr anzubahnen, hat sich der „Märkische Arbeiter-Turnerbund“ konstituiert, welcher vorläufig nur die Vereine der Mark Brandenburg umfassen soll. Hauptsächlich fällt diese Bewegung auch in anderen Provinzen auf guten Boden, so daß die Gründung eines „Deutschen Arbeiter-Turnerbundes“ sich bald verwirklichen kann. Der erste Bundes-Turntag wird in Berlin am 18. September stattfinden. Die Turnvereine, welche dem Bunde beitreten wollen, werden ersucht, Delegirte zu wählen und nach Berlin zur Teilnahme an dem Bundes-Turntag zu entsenden. Laut Statut haben je 25 Mitglieder das Recht, einen Delegirten zu wählen. Das Lokal, in welchem die Sitzungen stattfinden, und die Tagesordnung werden bis 1. September bekannt gemacht werden. Anmeldungen von Vereinen, Delegirten und Gästen sind bis spätestens 12. September zu richten an den Vorsitzenden des Turnvereins „Fichte“, Herrn Fr. Genz, Treßdowstr. 26a, Berlin. Derselbe ertheilt auch Auskunft über alle auf den Bundes-Turntag Bezug habenden Angelegenheiten.

Die absolute Direktionslosigkeit, die in der Redaktion der ehemals demokratischen „Volks-Zeitung“ herrscht, macht sich in den Schimpfereien gegen und Luft. Gestern ertrappten wir das Organ des Herrn Cohn auf einem literarischen Ausflug. Si fecisti, nega — sagt die „Volks-Zeitung“. Dem ehemals demokratischen und anfänglichen Blatte sei folgendes unter die Nase gerieben. Wir veröffentlichten am Dienstag, den 19. Juli, einen Erlaß der kaiserlichen Ober-Postdirektion Magdeburg — und Abends benützte die ehemals anfängliche „Volks-Zeitung“ diesen Erlaß zu einem Leitartikel, ohne die Quelle anzugeben, woher der Erlaß stammte. Das nennt man eben literarischen Diebstahl. Im Uebrigen droht der Herr Reichstags-Abgeordnete Karl Vollrath ein Langes und Breites über seine Mannhaftigkeit und Selbstständigkeit. Bei der gänglichen Bedeutungslosigkeit der jetzigen „Volks-Zeitung“ könnte man diese Tiraden auf sich beruhen lassen; wenn der Herr Vollrath aber doch so sehr viel Courage hat und er will einen Beweis dieser bei einem deutschfreisinnigen seltenen Charaktereigenschaft ablegen, so rathen wir ihm, einmal anders zu tanzen, als es dem Herrn Cohn auf seiner kapitalistischen Pflanze zu pfeifen beliebt. Es wäre ein Gewinn für Götter einmal einen deutschfreisinnigen Abgeordneten auf's Pflaster fliegen zu sehen.

Der „Central-Arbeitsnachweis für Arbeiterinnen“ in der Klosterstraße ist vor Kurzem „renovirt“ worden. So war's wenigstens an den Tischstühlen zu lesen, als die geschäftigen Arbeitergeber angefordert wurden, ihren „Bedarf“ an weiblichen Arbeitskräften aus dem Nachweis zu „decken“, der ja immer ein „wohlfortirtes Lager“ von Arbeiterinnen vorrätig hat. Die Renovation der Lokalitäten wird bedeutende Kosten nicht verursacht haben, denn der gesammte Nachweis ist von keiner großen räumlichen Ausdehnung. Für die Arbeitssuchenden ist nicht einmal ein „Kloset vorhanden!“ Ueber ein solches verfügt lediglich die Frau, welche den Nachweis leitet, und der Portier. Die Arbeitssuchenden müssen, wie erklärt wurde, „die Zeit über aushalten oder nach der Markthalle gehen“. Daß die Arbeiterinnen das Kloset nicht benutzen dürfen, wird damit begründet, daß Unsauberkeiten vorgekommen seien. Das mag wenig schön gewesen sein, kann aber höchstens als Rechtfertigung dafür gelten, daß die Klosets verschlossen gehalten werden. Unbedingt aber müßte verfügt werden, daß den Arbeitssuchenden der Schlüssel verabfolgt wird.

Die Erfolge, welche im Nachweis erzielt werden, sind natürlich sehr verschieden. Während die eine Arbeiterin oft drei bis vier Monat tagtäglich vergebens vorspricht, hat die andere hin und wieder nur wenige Stunden zu warten, um Beschäftigung zu finden. Die Hausordnung ist die allbekannte: „Ruhe und Ordnung“ ist die erste Bürgerpflicht. Die Unterhaltung darf nicht zu laut sein, darauf achtet der gestrenge Herr Portier, der es auch nicht duldet, daß eine der Arbeiterinnen für ein paar Minuten die Augen schließt: Dann heißt es sofort: Sie haben hier nicht zu schlafen, machen Sie, daß Sie hinauskommen. Nun ist es aber wirklich nicht verwunderlich, wenn Einem die Augen zufallen, wenn man 4 oder 5 Stunden da ruhig auf der Bank sitzen muß.

Der Nachweis wird sehr viel von im Buchdruckereigewerbe beschäftigten Arbeiterinnen aufgesucht, in diesen Branchen allein ergibt der Nachweis einen leidlichen „Umsatz“. Dieser würde sich sofort auf ein Minimum reduzieren, wenn die Arbeiterinnen sich dem Verein anschließen, der naturgemäß die Interessen derselben viel kräftiger zu wahren vermag, als der Nachweis, der doch nur ins Leben gerufen worden ist, um die Organisation zu unterdrücken. Der letzte Buchdruckereistrit hat dem Verein Schaden nicht gebracht. Die Mitgliederzahl ist in stetem Zunehmen begriffen und die petanäre Scharte, welche der Streik der Vereinslaffe geschlagen hat, ist längst ausgeweht. Die Buchdruckerei-Arbeiterinnen allein ermöglichen den Fortbestand des Arbeitsnachweises. Wenden diese ihm den Rücken, dann hat sein letztes Stündlein geschlagen.

Der Viktoriapark ist unzweifelhaft eine gärtnerische Anlage, auf welche Berlin stolz sein kann. Wenn als das Geld, was für Ehren-Brunnen, Ausschmücken der Straßen bei dem Empfang von Fürstlichkeiten, Schützenfestsummel u. s. w. zum Fenster hinausgeworfen worden ist, für die Anlage ähnlicher Anlagen benutzt worden wäre, dann wäre den Bewohnern Berlins tausendmal besser gedient gewesen. In den gegenwärtigen schönen Sommerabenden wimmelt der Park geradezu von Erdolungs-Besuchern, die nicht in der Ferne, in Tirol Gebirgs- oder in

Steringsdorf Seeluft schnappen zu können. Die Zahl der Bänke erweist sich an solchen Abenden als durchaus ungenügend. Einen gradezu trostlosen Anblick aber gewähren die Reihen steifer Stühle, auf welchen die Bänke zu lesen sind: „Benutzung kostet 5 Pf.“ Also auch hier hat die Privatpekulation Eingang gefunden. Ob die paar Groschen Pacht, welche der Unternehmer des Aufstellens „der 5 Pfennig-Benutzungstühle“ zahlt, in den Stadtsäckel fließen oder nicht, wird doch wahrlich ohne Bedeutung sein. Die schöne Anlage wird durch diese steifen Stuhlreihen geradezu schimpflich, es war doch wirklich nicht nötig, den Park nach dieser Richtung hin „geschäftlich“ noch auszunutzen. Einen wirklich interessanten Anblick bieten die „Stammgäste“ auf den Stühlen, welche an der nach dem Tirol zu liegenden Parkseite aufgestellt sind. Hier geben sich die Konzertliebhaber des Galleschen Theaters Rendezvous, welche sich ihren Lieblingsgenuss auf Jaumbillets (5 Pf. pro Stuhl) verschaffen; da lassen sich interessante Studien machen an diesen bürgerlichen Zeitkräften!

Es ist unzweifelhaft, daß sich das Bedürfnis nach der Beschaffung weiterer Sitzmöglichkeiten im Park fühlbar macht. Abzuhelfen wäre der Sache ganz leicht. Man sehe die 5 Pfennigstühle aus dem Park hinaus und stelle dafür Bänke auf. Damit wäre auch das Kerngenieß beseitigt, welches das Publikum an dieser 5 Pf.-Schnorrerei nimmt.

Ein eigenartiges Schauspiel feierte am Dienstag, den 26. d. M., Nachmittags, die Besucher des Müggelsees bei Friedrichshagen. Die „Freie Volksbühne“ veranstaltete die photographische Aufnahme eines großen lebenden Bildes, welches an ihrem Waldsee (14. August) zur Darstellung kommen soll. Schon Morgens in aller Frühe hatte ein Requisit großes Aufsehen bei der Friedrichshagener Einwohnerschaft, hauptsächlich natürlich bei der Jugend erregt. Ein gigantischer Delfin wurde nach der Bade-Anstalt am Müggelsee gebracht, um die Rettung des berühmten griechischen Sängers Arion den Kindern des 19. Jahrhunderts lebendig vor Augen zu führen. Gegen Abend war der Strand des Müggelsees von einer hundertköpfigen Menschenmenge umlagert, während auf den Gränden der Bade-Anstalt die herrlichsten Griechinnen in weißen und bunten Gewändern, geschmückt mit Kränzen und blühenden Spangen und ausgefärbt mit allerlei Zergüssen des Glucks: Parfen, Pokalen, Blüten, Blumen und dergleichen, der Aufstellung durch die versammelten Künstler harreten. Als der Photograph auf einer der Bade-Anstalten aufgestellt genommen hatte, kam Leben in die Gruppe der Darsteller. Die Witte des Bildes bildete eine Galerie, benannt mit Repräsentanten der Menschheit: Galeerensträflingen, russischen Arbeitigen, einem Negler und natürlich auch modernen Lohnslaven. In der Mitte des Rahmens stand die herrliche Gestalt der Freiheit, eine rotbe Fahne in der hoch erhobenen Hand und eine Jagobinermütze auf dem Haupte. Zu ihren Füßen lag die Tyrannei im Rhipistogewande, niedergeworfen von der Faust eines Arbeiters. Die Repräsentanten der Knechtung jubelten jubelnd der Götin. Zur Rechten der Galerie wurde Arion mit der Laute von einem feuerfreudigen Delfin herangezogen, um geben von zwanzig schiffbedrängten Meerwesen. Zur Linken der Galerie aber tudente unter Lautenklang und Flötenspiel eine venetianische Gondel heran, in welcher die Gruppe der Glückseligen: griechische Jünglinge und Jungfrauen mit Blumen und Kränzen und Bechern dargestellt wurde. — Am 14. August, dem Stiftungsfest der „Freien Volksbühne“, soll dieses Bild den Mittelpunkt eines riesigen Feuerwerks bilden, bei welcher Gelegenheit die Müggelsee zum ersten Male bengalisch beleuchtet werden sollen. Für die Teilnehmer des Festes soll abdann die Photographie des lebenden Bildes verkauft werden.

In Betreff der öffentlichen Sicherheit Berlins bringt der Verwaltungsbericht des Polizeipräsidenten folgende beachtenswerte Mittheilungen: In ähnlicher Weise wie früher der Ruf Berlins in Betreff der persönlichen allgemeinen Sicherheit durch die theils erfundenen, theils sensationell aufgebauchten Nachrichten über angeblich vorgekommene Verbrechen, Mord- und Raubfälle u. z. zu seinem Schaden getrübt worden war, wird auch jetzt noch in der Presse zuweilen über die angebliche Unsicherheit der Stadt im öffentlichen Straßenverkehr geflagt und der Polizei fort und fort der Vorwurf gemacht, daß sie es an der nötigen Aufsicht fehlen lasse oder unzureichende Anordnungen treffe. Auch in dieser Beziehung wird stets auf die Verhältnisse anderer größerer Städte, namentlich Londons, hingewiesen, wo die Ordnung des Straßenverkehrs musterhaft sei und diejenige in Berlin weit übertrage. Es soll nicht bestritten werden, daß in London der Straßenverkehr außerordentlich gut geordnet und beaufsichtigt ist. Es stehen aber auch dort der Behörde außerordentliche Kräfte zu diesem Zwecke zu Gebote. Während in London für den bloßen Straßen-Aufsichtsdienst 11 840 Beamte zur Verfügung stehen, bleiben in Berlin für den Straßendienst nur 2071 Mann übrig, von denen 1/3 dienstfrei, 1/3 auf Wache und 1/3, also nur 690 Mann, auf der Straße Posten- und Patrouillendienst haben und dabei noch Rechnungen, Bestellungen und andere Aufträge zu erledigen haben, so daß man höchstens 600 Mann nur für den Aufsichtsdienst auf der Straße rechnen kann. Die Londoner Polizei verwendet 11 840 Mann, bei einer angenehmen gleichen Verwendung im Dritteldienst also etwa 3946 Mann, im Verhältnis der Größe der Einwohnerzahl von 1: 2,5, immerhin also noch doppelt so viel Beamte als Berlin für diesen Dienst und kann mithin eine doppelt so große Aufsicht üben. Die in Berlin vorgekommenen Unfälle im Straßenverkehr stehen durchaus nicht etwa in einem schreienden Mißverhältnis zu London, wie man glaubt und den Klagen unterstellt. Während in Berlin mit 1 578 794 Einwohnern im Jahre 1889/90 auf 5444 Einwohner je ein Getödteter und auf 2011 Einwohner je ein Verletzter kam, wurde in London mit 5 590 578 Einwohnern von 4203 Einwohnern je einer getödtet und von 1105 je einer verletzt. Berlin steht also London gegenüber sehr günstig.

In der Meinung des Publikums werden die Gasse der Friedrichstraße und der Linden, die sogenannten Kranzler's Gasse, und der Potsdamer Platz für die gefährlichsten Punkte gehalten und man glaubt, daß gerade dort sehr viele solcher Unfälle sich ereignen. Die amtliche Liste widerspricht dem ganz entschieden, denn im Jahre 1890 sind an der Kranzler'schen Gasse nur acht und am Potsdamer Platz ebenfalls nur acht Unfälle vorgekommen. Es waren größtentheils nur leichte Verletzungen, die die Betroffenen erlitten. Es ist dies ein sprechender Beweis, daß man sich ein oberflächliches, gelegentlichen Beobachtungen sehr schwer ein richtiges Urtheil über derartige Vorkommnisse bilden kann, daß dasselbe vielmehr immer nur aus statistischen Angaben, nach amtlichen Beobachtungen und Feststellungen auf sicheren Unterlagen sich herleiten läßt.

Können nach diesen Darlegungen die Klagen über die Unsicherheit der Stadt im Straßenverkehr nicht als begründet erachtet werden, so trifft dies auch zu auf die bezüglich der allgemeinen Sicherheit vielfach verbreiteten, denunzierenden Nachrichten. In dem vorigen Bericht wurde bereits nachgewiesen, daß im Verhältnis der Gesamtbevölkerung des Staats Berlin bei den aufgeführten Verbrechen einen sehr günstigen Standpunkt einnahm und daß sich demnach in Betreff der allgemeinen Sicherheit wohl behaupten lasse, daß Berlin besser sei, wie

sein Ruf. Dies lasse sich auch bezüglich der letzten zehn Jahre aufrecht halten. Nach der Statistik des Deutschen Reichs nimmt Berlin unter den aufgeführten 19 größten Städten in der Zahl der wegen Verbrechen Verurtheilten erst die zehnte Stelle ein.

Auch den größeren Städten des Auslandes gegenüber steht Berlin in Betreff der öffentlichen Sicherheit nicht ungünstig da. Man darf wohl nur auf die vielen Morde hinweisen, die in London fast unter den Augen der Polizei verübt worden sind, z. B. die früher durch die geheimnißvollen „Garotter“ und in den letzten zehn Jahren die vielgenannten Frauenmorde, bei denen es bis jetzt der dortigen Polizei nicht gelungen ist, die Thäter zu ermitteln. Nach dem „Report of the commissioner of Police of the metropolis for the year 1888“ sind allein im Jahre 1888 in London 28 Morde begangen worden, während in Berlin in den letzten zehn Jahren nur 22 Morde vorgekommen sind.

In letzter Beziehung kann sich die Berliner Polizei getrost mit der Londoner die Hand reichen: in Berlin kann sich auch kein Mensch darüber beklagen, daß zu viel Mörder entdeckt würden.

Für die Verhandlung gegen den Kommerzienrath Anton Wolff, deren erster Theil vor der Strafkammer am 11. August beginnen wird, sind drei Tage angesetzt. Wolff hat sich hier zunächst wegen Unterschlagungen in 101 Fällen, welche die Summe von rund 5 200 000 M. darstellen, und wegen Untreue zu verantworten. Der mitangeklagte Dittmar Leipziger soll in Bezug auf 4 Millionen gewerbs- und gewohnheitsmäßige Fehler begangen haben. Dem Proturisten Wolff's endlich, Samaratoff, wird Beihilfe bei fünf Unterschlagungsfällen zur Last gelegt. An Zeugen werden 20 Personen, darunter mehrere kaufmännische Gutachter, geladen werden. Auf das Zeugniß der meisten geschädigten Personen konnte verzichtet werden, da Wolff gekündigt ist, daß er sich an den ihm anvertrauten Werthen vergrißen hat. Die Verhandlung findet im Sitzungssaal I statt. Später wird gegen Wolff noch wegen betrügerlichen Bankbruchs vor dem Schwurgericht verhandelt werden.

Das Diebstahlhandwerk ist im Laufe dieses Monats in größerem Umfange im Norden der Stadt betrieben worden. Es sind hier mehrfach unter Anwendung von Nachschlüssel solche Wohnungen heimlich gesucht worden, die ohne Aufsicht gelassen waren; und die Leute, welche die Diebe davongetragen haben, ist in einzelnen Fällen nicht unbedeutend. So wurde u. A. einem Maurer in der Kremmenerstraße während der Zeit, als die Frau ihrem Manne das Mittagessen auf die Arbeitstische trug, die ganze Wohnung ausgeräumt. Die Sachen, die hier mitgenommen wurden, stellen einen Werth von etwa 1000 Mark dar. Auf die Spur der Verbrecher kam die Polizei durch eine Schankwirthin in der Schwedterstraße. Hausbewohner hatten nämlich die Wahrnehmung gemacht, daß kurze Zeit vor der Entdeckung der Diebstähle eine Frauensperson an den Wohnungsthüren geklingelt hatte. Natürlich war ihr nicht geöffnet worden, da ja die Wohnungsinhaber abwesend waren. Die erwähnte Schankwirthin sah nun am vergangenen Sonntag, daß ein junger Mann aus dem Hause, in dem sie wohnt, einen Koffer hinanstrug. Da sie den Koffer als das Eigenthum eines in demselben Hause wohnenden zeitweilig abwesenden Kaufmanns erkannte, so kam ihr die Sache verdächtig vor. Sie folgte daher dem fremden Manne und sah, daß dieser den Koffer in ein Haus in der Kastanien-Allee hineintrag. Die Frau theilte nun ihre Wahrnehmungen einem Schutzmännchen mit und machte ihn darauf aufmerksam, daß es sich anscheinend um einen Diebstahl handle. Der Schutzmännchen begab sich in das betreffende Haus und klingelte an der bezeichneten Wohnung. Man öffnete ihm jedoch nicht eher, bis er drohte, daß er die Wohnung gewaltsam werde öffnen lassen. Der Beamte trat nun in der Wohnung den Kofferträger, einen „Arbeiter“ D., nebst dem Koffer, den die Schankwirthin bestimmt als den des Kaufmanns rekonnozirte. In's Vorher genommen, machte D. erst Ausflüchte. Er führte den großen Unbekannten ins Feld, der ihm den Koffer übergeben haben sollte, damit er ihn nach der Kastanien-Allee bringe. Schließlich hat er aber eingeräumt, den Koffer aus der Wohnung des Kaufmanns gestohlen zu haben. Noch wichtiger war aber eine zweite Persönlichkeit, die der Schutzmännchen in derselben Wohnung antraf; es war das eine Frau L., in der man die Frauensperson wieder erkannte, die in verschiedenen Fällen, namentlich auch bei dem Maurer in der Kremmenerstraße kurz vor der Entdeckung bzw. Verübung der Diebstähle an der verschlossenen Wohnung geklingelt hatte. Die Kriminalpolizei hat beide Personen hinter Schloß und Riegel gebracht, den „Arbeiter“ D. wegen Diebstahls und die Frau L. wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen.

Raubaufall. Gestern früh ist in der Müggelseestraße ein Ueberfall verübt worden. Nach 8 Uhr erschien in einem Butter-Geschäft auf dem Grundstück Nr. 8 ein unbekannter Mann, schlug die Verkäuferin, Frau J., mit einer Bierflasche zu Boden und öffnete die Ladenkasse. Der Räuber fand indeß kein Geld und entfloß mit leeren Händen. Er trägt einen dunklen Schnurrbart und einen dunklen Jaquetanzug. Frau J. hat nur einen geringen Schaden davongetragen. Dieser Fall erinnert an den Ueberfall auf die Verkäuferin Frau Cassberg in dem Seifen-Geschäft am Moritzplatz.

Der plötzliche Tod einer alten Frau, dessen Ursache ein Verbrechen sein soll, hat gestern Nachmittag in der Nachbarschaft des Viktoriaparkes großes Aufsehen erregt. Im Hause Mörckstraße 71, dicht am Kreuzberg, wohnen in der zweiten Etage an einem gemeinschaftlichen Korridor die Wittwen Steffen und Quasch, die je zwei Kinder haben. Die Mutter der Frau Quasch, Frau Schulz, gerieth häufig mit der Frau Steffen in Wortstreit; so auch am Dienstag. Nach dem Streit lief die alte Frau in ihr Zimmer und rief laut um Hilfe. Der achtjährige Ernst Quasch, der auf der Straße spielte, eilte nach oben und fand seine Großmutter in der Stube auf dem Stuhl sitzend. Sie erzählte ihm darauf den Vorgang der Sache und zeigte ihm auch die ihr zugefügte blutende Verletzung quer über die Nase zwischen den Augen und behauptete, sie habe einen Schlag mit dem Schrubber bekommen. Kurz darauf wurde die alte Frau benommen und fiel vom Stuhl. Der Knabe, dessen Mutter Mittags nicht nach Hause kommt, benachrichtigte in der Nähe wohnende Verwandte, und diese holten, nachdem sie selbst vergeblich versucht hatten, die Wittve Schulz wieder zum Bewußtsein zu bringen, gegen drei Uhr Nachmittags den Dr. Wegener aus der Yorkstraße. Die ärztliche Hilfe kam aber zu spät — die alte Frau war bereits todt. Die Todesursache konnte der Arzt nicht sofort feststellen, wohl aber konstatierte er das Vorhandensein des blutunterlaufenen Risses an der Nase, der nach der Aussage des kleinen Ernst Quasch von dem Schrubber der Wittve Steffen herrihren sollte. Frau Quasch, die inzwischen von der Arbeitsstelle geholt worden war, machte alsbald auf dem zuständigen Polizeirevier Anzeige. Die Wittve Steffen hat bei dem sofort mit ihr angestellten Verhör bestritten, Frau Schulz mit dem Schrubber geschlagen zu haben. Sie gab den Streit zu, behauptete aber, daß sie die alte Frau nicht thätlich angegriffen habe. Diese werde wohl, durch den Streit heftig erregt, von

einem Herzschlag betroffen worden und dann so unglücklich vom Stuhl gefallen sein, daß sie sich hierbei die Verletzung an der Nase zugezogen habe. Die Behörde ließ darauf Abends um 8 Uhr die Leiche der Witwe Schulz nach dem Schauhaufe überführen, und die angeordnete gerichtliche Obduktion dürfte wohl Klarheit in die Angelegenheit bringen.

Polizeibericht. Am 26. d. M. Nachmittags fiel ein sechs-jähriges Mädchen gegenüber dem Grundstück Görtlicher Ufer 10 beim Spielen in den Landwehrkanal und ertrank. — Vor dem Hause Kottbuser Damm 87 gerieth Abends ein Arbeiter beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Arbeitswagen unter die Räder und wurde an beiden Beinen derartig verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — Ein neunjähriges Mädchen stürzte aus einem Fenster im 3. Stock des Hauses Barnimsfr. 8 auf den Hof hinab und erlitt einen Armbruch. — Es wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Nachmittags fand auf dem Boden des Hauses Alsterstr. 63 ein kleiner Brand statt.

Gerichts-Beifung.

In den Kneipen mit Damenbedienung ist schon mancher ehrlicher Name zu Grabe getragen worden. So lautete eine Bemerkung in dem jüngst erschienenen Bericht des Polizei-Präsidenten, an welche man durch eine Verhandlung erinnert wurde, die gestern in der 128. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Der Kaufmann Max H o s e n b e r g war des Betruges beschuldigt. Er gestand die That ein. Eines Tages hatte er ein Solat mit Damenbedienung bestellt, welches dem Schankwirth Schütte gehörte. Er trank anfangs Bier, wurde von den Kellnerinnen gedrängt, etwas zum Besten zu geben und war schwach genug, zu unterliegen. Als die von ihm gemachte Feste einmal seine Mittel überstieg, gerieth er in eine Art Taumel, er versank sich bis zum Champagner und schließlich wurde ihm eine Rechnung über 82 M. überreicht. Seine Baarschaft betrug nur einige Mark. Der Wirth ließ ihn verhaften und Hofenberg wurde nach Moabit ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu einem Monat Gefängnis, wovon zwei Wochen durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht wurden.

In recht raffinierte Weise hat der Kellner Franz Freitag sich Wohnung und Verpflegung für die Dauer von sechs Wochen zu verschaffen gewußt. Er stand deshalb gestern wegen Betruges vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. In einem Apriltage besuchte der Angeklagte die Hofnische Restauration in der Tietzstraße. Er machte den Eindruck eines fröhlich erregten Menschen, ließ sich mit einem anwesenden Gaste in ein Gespräch ein und erzählte, daß er soeben von Hannover gekommen sei, um hier ein passendes Geschäft zu kaufen. Seine Eltern seien verstorben und hätten ihm wider Erwarten 47000 M. hinterlassen. Das Geld verwalte vorläufig sein in Hannover lebender Onkel, der ihm monatlich 100 M. Zinsen schicke. Er beabsichtige, sich einige Monate in Pension zu geben, da es mit dem Kaufe eines Geschäftes seine Eile habe. Der Wirth, der hinter dem Schanktische stehend, dem Gespräch zuhörte, wurde aufmerksam. Er überlegte sich, daß ein solcher Pensionär bei dem schlechten Geschäftsgange nicht zu verachten sei und als er sich mit dem Angeklagten allein befand, ließ er durchblicken, daß er ein passendes Zimmer frei habe. Hieraus hatte Freitag nur gewartet, er griff mit beiden Händen zu und nahm bei Hofnische Wohnung und Kost. Als der Monat um war, trafen die Zinsen nicht ein und nach längerem Warten schrieb der Wirth an den Onkel. Dieser antwortete, daß an den Ausgaben seines Neffen nur richtig sei, daß dessen Eltern gestorben seien. Geld hätten dieselben nicht hinterlassen, wohl aber Schulden. Der gepöbelte Wirth ließ den Schwindler verhaften. Da derselbe schon mehrfach verurteilt war, so belegte der Gerichtshof ihn mit einer Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Ein erster Zusammenstoß zwischen einem Postwagen und einer Droschke, der am Morgen des 21. Oktober vor J. S. Unter den Linden stattfand, wurde dem Postillon Jac o b y zur Last gelegt, welcher deshalb gestern wegen fahrlässiger Körperverletzung vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen hatte. Am dem genannten Morgen kam der Angeklagte mit einem Briefpostwagen vom Anhalter Bahnhof, um nach dem Postamt in der Schadowstraße zu fahren. Beim Einbiegen in diese Straße stieß er mit einer Droschke zusammen, sodas der Fahrer derselben auf die Straße geschleudert und dann von dem Postwagen überfahren wurde. Der in der Droschke stehende Fahrgast kam wunderbarer Weise ohne Verletzungen davon, obgleich beide Schienen des Wagens zertrümmert wurden. Die Schuld an dem Unglücksfall trug lediglich der Angeklagte, der seine Fahrlässigkeit nicht anders zu erklären wußte, als daß er geschlafen haben mußte. Während der Staatsanwalt 30 M. beantragte, erkannte der Gerichtshof auf 100 M.

Ein weiblicher Nachtwächter, allerdings kein offiziell angestellter, hatte sich heute dem Gerichtshof zu präsentieren. Der Nachtwächter Julius Bogdan war früher in dem Flecken Wilhelmberg angestellt. Da er sich während der Nacht oft betrank, so daß er unmöglich seinen Dienst versehen konnte, schickte seine Frau in solchen Fällen den nachtwächterlichen Mantel um ihre Schultern, schnaute den Säbel um, und rüstete sich mit dem großen Feuerhorn aus, um über die nächtliche Sicherheit der Ortschaft zu wachen. Wenn die Frau einmal ihren Mann allein den Dienst thun ließ, kamen stets die größten Ungehörigkeiten vor. So hat der Wächter sich einmal während der Ausübung seines Dienstes eine Majestätsbeleidigung zu Schulden kommen lassen, für die er mit 2 Monaten Gefängnis bestraft wurde. Das Schlimmste war jedoch ein Neutrouble mit seinem nächsten Vorgesetzten, dem Amtsdirektor Hoffmann aus Lichtenberg. Als er einmal in der Trunkenheit einige Dorfbewohner fernnehmen wollte, kehrten diese den Spieß um und führten den Hirten der nächsten Sicherheit nach Lichtenberg ab. Der Amtsdirektor Hoffmann gab dem schon etwas unsicheren gewordenen Nachtwächter an, sofort nach Hause zu gehen und sich ins Bett zu legen. Dies that Bogdan jedoch nicht. Er fing vielmehr auf der Straße Schand an, so daß Hoffmann ihm nacheilte, um ihn festzunehmen. Bogdan seinerseits wollte seinen Vorgesetzten arretieren und drang mit gezogener Säbel auf ihn ein. Nun zog auch Hoffmann vom Leder, und es fand ein vollständiger Säbelskampf statt, der erst endete, als Bogdan kampfunfähig am Boden lag. Dem Nachtwächter löstete diese Scene seine Stellung, außerdem wurde er zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Seine Frau trennte sich von dem unerbittlichen Trunkenbold und zog nach Berlin, um sich durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren. In ihrer stillen Abgeschiedenheit wurde sie häufig durch den Ehemann gestört, der sie wiederholt in rohester Weise bedrohte. Namentlich erregte es den Unwillen des Mannes, daß seine Frau an den Schlichter Böbler ein Zimmer vermietete. Am 14. März erschien Bogdan wieder in der Wohnung seiner Frau. Er wurde jedoch diesmal von der Frau, die sich mit einem Stocke bewaffnet hatte, und dem Chambregarnisten vertrieben, und trug erhebliche Verletzungen davon. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung wurde Frau Bogdan zu 2 und Böbler zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Gegen dieses Urteil legten Beide Berufung ein. Rechtsanwält Dr. Gehmann gelang es, ein milderes Urteil zu erwirken. Die Strafe der Frau wurde auf 30 Mark Geldstrafe herabgesetzt.

Elberfeld. Wegen Mißhandlung hatten sich vor der hiesigen Strafkammer zwei Polizeiergenten aus Solingen zu verantworten. Die Angeklagten, Schwarz und Bieker hatten sich in der letzten Sylvesternacht von mehreren in einer Waffenfabrik beschäftigten Arbeitern traktieren lassen, und Schwarz hatte im Laufe der Unterhaltung absolut um sechs Flaschen Wein wetten wollen. Hierüber wurden sie uneinig, denn als Einer ihn erfuhr, seine Wetttorschläge einzustellen, wurde Schwarz grob, indem er brüllte: „Halten Sie Ihre Krone.“ Nunmehr bot der Wirth Feierabend, damit nicht etwa eine Mauerlei entstehe, und die Arbeiter entfernten sich, um ihre Wohnungen aufzusuchen. Unterwegs sprachen sie über das seltene Benehmen der Beamten, und Einer meinte: „Die Leute thäten besser sie versehen ihren Dienst, als zu wetten.“ Kaum hatte er das gesagt, so wurde ihm auch schon von Schwarz, der ihnen gefolgt war, die Mütze vom Kopfe geschlagen, er selbst an eine Mauer geschleudert und mit der flachen Klinge bearbeitet, ebenso erging es seinen Kollegen, nachdem auch der Polizist Bieker hinzugekommen war. Die Mißhandlungen machten von dem Vorfalle der Staatsanwaltschaft Anzeige, und diese erhob Anklage. Vor Gericht verurtheilte die Angeklagten die Sache so darzustellen, als wenn sie angegriffen worden wären und in der Nothwehr von der Waffe Gebrauch gemacht hätten. Die Beweisaufnahme ergab jedoch das Gegentheil, und der Staatsanwalt beantragte gegen Schwarz 8 Monate, gegen Bieker 6 Monate Gefängnis, denn es könne keine Rede davon sein, daß die Angeklagten in berechtigter Ausübung ihres Amtes sich befunden hätten. Das Gericht erkannte gegen Bieker auf zwei Monate, gegen Schwarz auf fünf Monate Gefängnis.

Die Stempelfälschungen auf dem Bochumer Verein vor Gericht.

Essen, 26. Juli 1892.

Zweiter Tag der Verhandlung.

Die Sitzung beginnt heute bereits um 1/2 9 Uhr mit der Vernehmung des Angeklagten Ingenieur Bering. — Der Angeklagte bestreitet entschieden, um die Anfertigung von falschen Stempeln etwas zu wissen. Wenn er Arbeiter bei unbefugten Stempelungen betroffen habe, so habe er dieselben stets streng bestraft. — Präs.: Wie lange Zeit verwenden Sie täglich auf die Kontrollirung Ihrer Arbeiter und wie viele unterstehen Ihrer Leitung? — Angeklagter: Ich habe bis zu 800 Arbeitern unter meiner Leitung gehabt, augenblicklich etwas weniger. Ich halte mich in jeder Woche Mittwochs und Nachmittags etwa eine Viertelstunde auf. — Präs.: Ist es richtig, daß der Kontrolleur Nezerky einmal einen Arbeiter bei Falschstempelung abfahnte? — Angeklagter: Jawohl, in den 70 er Jahren, den Arbeiter Hirsberg, den ich dafür mit 3 Thalern Strafe belegte. Er hatte verwerfene Schienen abgestempelt. — Präs.: Gaben Sie dem Kontrolleur Kurzenberger, der den Herda bei der unberechtigten Abstempelung von Schienen erwischt, die Entlassung des Herda versprochen? — Angeklagter: Nein, ich habe ihn nur mit einer Geldbuße bestraft. Kurzenberger verlangte nur, daß Herda in Zukunft nicht mehr dabei sein sollte, wenn er Schienen abnahm. — Präs.: Sie sollen im Gegenheil dem Kurzenberger die Entlassung Herda's versprochen, thatsächlich aber nur dafür geforscht haben, daß Kurzenberger den Herda bei seinen späteren Abnahmen nicht mehr zu Gesicht bekam. — Angekl.: Nein, Herr Präsident, das ist nicht richtig. — Präs.: Der Abnehmer Osfermann hat auch einmal 200 nicht mit seinem, sondern einem anderen Stempel verfertigte Schienen bekommen? — Angekl.: Ja, ich mußte deshalb sogar auf die Strecke reisen, um die Sache zu untersuchen; eine von mir angestellte, sehr eingehende Untersuchung über die Ursache dieses Vorfalles blieb resultatlos. — Präs.: Den Arbeiter Georg Müller haben Sie einmal beim Falschstempeln abgefahnt? — Angekl.: Nein, beim Ritten von Schienen; ich habe ihn mit zwei anderen Arbeitern aus dem Grunde in eine andere Werkstatt versetzt, wo sie täglich 75 Pf. weniger verdienten. — Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Schwering, erklärt Bering, daß auf seine Veranlassung oft ganz erhebliche Aufträge abgeholt wurden, da er sich sagte, daß die gestellten Bedingungen ohne betrügerische Manipulationen nicht zu erfüllen waren. — Gleichfalls auf Befragen Schwering's bekennt Bering, daß im Laufe einer gewissen Zeit von 700 000 aus seiner Werkstatt gelieferten Schienen nur 55 jurädigkommen sind. — Verteidiger Dr. Schwering: Ich bitte den Angeklagten zu befragen, ob die erste Revision oder die zweite auf der Strecke selbst vorgenommene Revision der Schienen die Hauptrevision ist? — Angekl.: Die auf der Strecke; erst bei dieser erfolgt die Haupt- und definitive Abnahme. Die Bahnmeister, die praktisch hierzu geeigneten Leute, bemerken, wenn nicht sogleich, so doch, sobald der erste Wagen über die Schienen fährt, jeden kleinen Fehler an denselben. Ich glaube sogar, daß die Bahnmeister für von ihnen entdeckte fehlerhafte Schienen eine Prämie erhalten.

Angell, Ingenieur G r e m m e hat die Leitung der Werkstätte, in der die Jerrschproben angestellt wurden; von betrügerischen Manipulationen bei diesen Proben will er nichts wissen; ebenfalls nichts von Anfertigung von Stempeln nach Blei-Abdrücken. Der Präsident nimmt nun die Verteidigung der Sachverständigen vor. Als erster derselben wird der Bau Rath T h o m a s — angestellt bei der Eisenbahn-Direktion Magdeburg — vernommen. — Präs.: Sie sind auch Abnahmebeamter gewesen? — Sachverständiger: Nein, ich hatte diese Beamten auszusenden; ich bin Materialverwalter. — Präs.: Ist es möglich, daß die Abnahmebeamten über insgesam abgenommenen Stempel auf den betreffenden Werken selbst haben erütern lassen? — Sachverständiger: Das weiß ich nicht, aber es ist möglich, denn früher wurde den Abnahme-Beamten nur ein Stempel mitgegeben; als sich später herausstellte, daß der ein Stempel zu früh stampf wurde, da bekamen sie deren zwei mit auf den Weg, von denen sie den einen, sobald er abgenommen, an ihre eigene Behörde zur Erneuerung zurücksenden haben. — Präs.: Bestehen bei den Direktionen Vorschriften, die eine besonders strenge Prüfung bei der ersten Revision auf dem Werke verlangen? — Sachverständiger: Bei unserer Direktion nicht. — Präs.: Die Direktion Köln, rechtsrheinisch, hat eine derartige Vorschrift erlassen, und zwar mit der Motivirung, da bei der zweiten Revision auf der Strecke eine so genaue Untersuchung nicht möglich sei. — Sachverständiger: Allerdings ist eine solche dort insofern nicht möglich, als ja Schlag- und Jerrschproben auf der Strecke nicht angestellt werden könne. — Präs.: Bekommt der Bahnmeister für beim Verlegen der Schienen von ihm entdeckte Fehler an den Schienen eine Prämie? — Sachverständiger: Derartige Prämien werden nur für Entdeckung von Fehlern an im Betriebe befindlichen Schienen gezahlt. — Auf Befragen erklären mehrere Sachverständige, übereinstimmend mit Bering, daß die Schienen erst mit der zweiten Abnahme an Ort und Stelle in das Eigentum der Eisenbahn-Verwaltung übergehen, worüber der Van-Inspektor ein Abnahme-Attest ausstellt. — Präs.: Dürfen nach der ersten Abnahme von den abgestempelten Schienen seitens des Werkes wieder welche bei Seite gelegt werden? — Sachverständiger General-Direktor T u l l n - H ö r d e : Ich würde das sogar für meine Pflicht halten, falls sich nach der Abnahme noch herausstellen sollte, daß die Schienen doch nicht ganz fehlerfrei seien. — Präs.: Dann müßten Sie aber dem Beamten der Eisenbahn-Verwaltung davon Mitteilung machen? — Sachv. T u l l n : Selbstverständlich! — Rechtsanwalt W a l l a c h : Wenn nun die Arbeiter die Lage Handhabung der Abnahme seitens der damit beauftragten Beamten sehen und oft auch Schienen verwerfen haben, die ihrer Ueberzeugung nach durchaus gut waren, dann konnten sie wohl leicht zu der Meinung kommen, wenn sie gegen die Anweisung des — wie sie glaubten, von der Sache doch nicht viel verstehenden Abnahme-Beamten — nach ihrem

eigenen Ermessen Schienen abstempeln oder verwerfen, sie nicht strafbares begingen? — Sachv. Ing. F r e u d e n b e r g : Das kann wohl sein. — Präs.: Sachv. Reg.-Rath H e l b i g ! Sind von Abnahme-Beamten Ihrer Verwaltung (Eisenbahn-Direktion Hannover) auf dem Bochumer Verein Stempel bestellt? — Sachverständiger Reg.-Rath H e l b i g : Jawohl, aber eigenmächtig von den Abnahme-Beamten, nicht auf Veranlassung unserer Verwaltung; wir haben sie denn auch nicht bezahlt. — Sachverständiger H e l b i g bekennt, daß von den von Abnahme-Beamten verordneten Schienen oftmals die große Mehrzahl durchaus gut seien.

Es folgt nun die Zeugenernehmung, zunächst die Vernehmung des Ingenieurs G r a f t, der seit 18 Jahren für ausländische Bahnen Schienen und Schiffsmaterial abnimmt. Das Letztere sei vertragsmäßig von dem Werke mit dem Stempel der Auftraggeber abgestempelt gewesen; die Stempel seien dabei in den Händen des Werks gewesen; für Schienenabstempelungen, die er selbst besorgte oder unter seiner Aufsicht durch Arbeiter besorgen ließ, ließ er sie sich auch durch den Bochumer Verein anfertigen; er habe die Stempel auf dem Werk, indessen unter Verschluß, den Arbeitern unzugänglich, aufbewahrt. — Präs.: Haben Sie jemals etwas von Unregelmäßigkeiten bei den Abstempelungen bemerkt? — Zeuge: Nein, obgleich ich den Arbeitern wiederholt sogar Fallen gestellt habe; ich habe überhaupt stets große Vorsicht angewendet. — Präs.: Ist es möglich, daß einer der Arbeiter, während er unter Ihrer Aufsicht das Stempel besorgte, in einem unbewachten Augenblick von Ihrem Stempel einen Blei-Abdruck anfertigte? — Zeuge: Das glaube ich nun nicht, daß es geschehen — geradezu unmöglich war es allerdings nicht. — Staatsanwalt G e r h : Der Vorarbeiter Rosenbahl will einmal in Ihrem Auftrage in Ihrer Abwesenheit mehrere Schienen abgestempelt haben? — Zeuge: Das konnte nur in der Abjustage der Fall gewesen sein, an von mir zum Nachjuristen dorthin beorderten Schienen, während ich mich noch auf dem Schienenlager aufhielt. — Verteidiger R. A. S e i l o : Wieviel Schienen haben Sie wohl im Laufe der 16 Jahre auf dem Bochumer Verein abgenommen? — Zeuge: Etwa 200—250 000 t. — Verteidiger R. A. S e i l o : Wie sind Sie mit der Qualität der Fabrikate des Bochumer Vereins zufrieden? — Zeuge: Es gibt Perioden, wo seine Fabrikate besser und solche, wo sie schlechter sind — im Großen und Ganzen sind sie mindestens ebenso gut, wie die der besten anderen deutschen und ausländischen Werke. — Präs.: Haben Sie etwas von Versuchen bemerkt, anstatt guter Schienen unbrauchbare unter die abgenommenen einzuschmuggeln? — Zeuge: Nein! — Der Zeuge erklärt schließlich noch, auf Befragen des Verteidigers S e l l o , daß man über die zulässige Fehlergrenze verschiedener Meinung sein könne.

Den folgenden Zeugen, Baumeister S i e w e r s, Abnahmebeamten der Eisenbahn-Direktion Köln rechtsrheinisch, befragt der Präsident: Haben Sie bei den Jerrschproben etwas von untergeschobenen Probestücken bemerkt? — Zeuge: Ganz bestimmte Wahrnehmungen in der Hinsicht habe ich nicht gemacht. Nur fiel mir auf, daß seit dem vorigen Jahre die Proben eine etwas geringere Dehnung und Kontraktion des Materials gegen die früheren Jahre, also eine etwas geringere Güte desselben ergaben. — Präs.: Wie erklären Sie sich das? — Zeuge: Entweder ist früher falsches Material untergeschoben oder das Material hat sich verschlechtert. — Präs.: Sont ist Ihnen nichts Verdächtiges vorgekommen? — Zeuge: Ja; einmal ließ ich eine Unterlagplatte prüfen, die eine ganz auffallende Festigkeit zeigte. — Präs.: Haben Sie dabei an die Möglichkeit einer Unterschlebung gedacht? — Zeuge: Das wohl, aber einen näheren Anhalt dafür habe ich nicht. — Präs.: Haben Sie sonst irgend einen bestimmten Anhalt für auf dem Bochumer Verein verübte Betrügereien? — Zeuge: Nein! — Sachverständiger Ingenieur F r e u d e n b e r g erklärt zu der zuletzt vom Zeugen erwähnten Sache: Eine absichtliche Unterschlebung könnte seines Erachtens hier nicht vorliegen, höchstens könnte durch Versehen eine andere Unterlagplatte zur Jerrschprobe gelangt sein; denn die festere, härtere Platte sei von schlechterer Qualität, so daß bei einer Jerrschprobe mit derselben die betreffende Maschine gebrochen konnte.

Nach einer halbstündigen Pause wird Direktor G. D i e f f e n - b a c h , erster technischer Beamter auf dem Bochumer Verein vernommen. Er hat augenblicklich von Unregelmäßigkeiten daselbst nichts bemerkt. — Präs.: Von falschen Stempelanfertigungen war Ihnen vor dem 26. Dezember 1881, als Janzen solch in einem Briefe erwähnte, den er an den Geheimrath Baare richtete und in dem er um Zurücknahme seiner Entlassung bat, nichts bekannt? — Zeuge: Nein. — Der Präsident bringt dann den bekannten Janzen'schen Brief und die Anmerkung Baare's — ihm sei von falschen Stempeln nichts bekannt — zur Verlesung. Janzen wurde bekanntlich auf Dieffenbach's Rath dann doch entlassen. — Präs.: Können Sie uns über die Führung der Herren Bering und Gremme Auskunft geben? — Zeuge: Nachtheiliges über diese Herren ist mir in keiner Beziehung bekannt geworden. Ich habe die Ueberzeugung, daß Beide durchaus in jeder Beziehung ihre Pflicht thun, auch bezüglich der nöthigen Kontrolle über die Verrichtungen der Arbeiter. —

Der früher auf dem Bochumer Verein beschäftigt gewesene Obermeister K ä t e n h ö r n hat im vorigen Jahre vor dem Bochumer Untersuchungsrichte ausgesagt, er habe 1878 gesehen, wie Rosenbahl an einer Anzahl Schienen den Stempel abgestempelt habe. — Der Zeuge erklärt heute, von diesem Vorgang überhaupt Nichts zu wissen. —

Regierungs-Baumeister T h o r e n — der nächste Zeuge — hat von 1890 bis September 1891 für die Elberfelder, Broomberger, Breslauer, Altonaer Eisenbahn-Direktion auf dem Bochumer Verein Schienen abgenommen, und zwar fast täglich. — Präs.: Haben Sie in der Zeit Unregelmäßigkeiten bemerkt? — Zeuge: Ja, kleinere Unregelmäßigkeiten, wie sie auf allen Werken vorkommen.

Präs. (zum Zeugen Regierungsbaumeister Thoren): Welcher Art waren diese Unregelmäßigkeiten? — Zeuge: Ich ercappte einmal Arbeiter, wie sie ein Herzstück durch Kitt stücten; allerdings war der auf diese Weise verdeckte Fehler nicht derartig, daß er die Verwendbarkeit des betreffenden Stückes beeinträchtigt hätte. — Präs.: Beschwerten Sie sich nicht darüber? — Zeuge: Nein; aber ich machte den Arbeitern bestige Vorwürfe und drohte, im Wiederholungsfall die Sache anzuzeigen. — Präs.: Glauben Sie, daß die vorgehenden Ingenieure die Sache gewußt und dieselbe gebuldet haben? — Zeuge: Keinesfalls; dazu war die Verteilung viel zu ungeschickt und unfähig vorgenommen. — Präs.: Was haben Sie sonst wahrgenommen? — Zeuge: Ich bemerke seit dem vorigen Jahre einen Unterschied gegen früher in dem Resultat der Jerrschproben; die Kontraktion hatte sich verringert, aber das Material genügte auch so noch durchaus den Anforderungen. — Präs.: Sont haben Sie von etwaigen betrügerischen Manipulationen Nichts bemerkt? — Zeuge: Nein! — Präs.: Waren Sie beim Abstemeln der von Ihnen abgenommenen Schienen stets zugegen? — Zeuge: Jawohl!

Es erscheint als Zeuge der Fabrikarbeiter S c h l ä t e r. Präs.: Sie besorgten öfter die Abstempelung abgenommenen Schienen — von wem erzielten Sie den Stempel dazu? — Zeuge: Von einem Arbeiter oder vom Abnahmebeamten. — Präs.: Haben Sie auch Falschstempelungen vorgenommen? — Zeuge: Nein — nur einmal stempelte ich irrthümlich 6 Schienen zu viel; zur Strafe dafür wurde ich in eine andere Abtheilung versetzt, wo ich eine schwerere Arbeit zu verrichten hatte. Der betreffende Abnehmer war dabei nicht zugegen. — Präs.: Sie haben dem Schlosser Janzen erzählt, daß Sie dabei abgefahnt wurden, als Sie mit einem falschen Stempel stempelten? — Zeuge: Das habe ich dem Janzen nicht erzählt. — Präs.: Sie sollen ihm dann geklagt haben, Sie sollten deswegen entlassen werden. — Zeuge: Von all dem ist mir absolut Nichts bewußt. —

Jansen, darum befragt, bleibt indessen bei seiner gestrigen Aussage hierüber.

Der früher auf dem Bochumer Verein angestellte Zeuge Scheufler Spatz will von Unregelmäßigkeiten Nichts wahrgenommen haben. — Vor dem Untersuchungsrichter hat der Zeuge früher ausgesagt, er habe im Wirtshaus ein Gespräch Bering's mit Anderen angehört, danach sollten einige Arbeiter von einem Abnehmer bei irgend welchen Unregelmäßigkeiten ertrapyt und dann, nachdem sie um Verhaltungsmaßregeln bei den Ingenieuren angefragt, weinend zu dem Kontrolleur gegangen sein, um sich dessen Verzeihung zu erbitten. Der Zeuge vermag an dem Gesagten heute nicht mit absoluter Entschiedenheit festzuhalten. Auf ihn habe übrigens jene Erzählung damals vielmehr den Eindruck einer Anekdote gemacht. Es sei ja übrigens am Birtisch gewesen, wo Derartiges erzählt wurde; da pflege man doch nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen.

Von dem Jengen Ingenieur Rau, der zwei Jahre lang auf dem Bochumer Verein war, hat Spatz ausgesagt: Als sie Beide einmal 1885 oder 84 in Gremme's Zimmer waren, habe Rau auf einen zufällig dazuliegenden Stempel gedeutet mit den Worten: Das ist so ein Stempel, um die Abnehmer damit zu betrogen. Rau weiß nicht mehr, daß er das gesagt hat; er will aber auch nicht geradezu bestritten, eine derartige Aeußerung gethan zu haben. Eine thatsächliche Unterlage habe er für einen solchen Anspruch nicht gehabt, ihm sei nur so von Hörensagen bekannt gewesen, daß auf dem Bochumer Verein allerlei Missethaten vorkommen sollten. — Zeuge will wissen, daß bei einem Auftrag anstatt des verlangten Tiegels billiger Bessmer Stahl verwendet wurde, giebt aber auf Intervention Bering's und mehrerer Sachverständiger endlich zu, doch nicht genau zu wissen, ob Tiegelsahl direkt vorgeschrieben gewesen. Er habe das nur aus den Kalkulationen geschlossen.

Zeuge Schlossermeister Kölller weiß nichts von Unregelmäßigkeiten; auch davon, daß Revisoren ihre Stempel in den Händen der Arbeiter gelassen, weiß er nichts.

Auch Zeuge Ingenieur Kuppers hat von Unregelmäßigkeiten nichts wahrgenommen. Er ist seit 1885 auf dem Bochumer Verein.

Zuhrmann Müller, der früher als Maurer auf dem Bochumer Verein war, will gesehen haben, wie einmal Arbeiter in eine Schiene ein baumengroßes Stück Eisen hineingehämmert haben. — Von den Herren Sachverständigen wird dies allseitig aus technischen Gründen bezeugt. — Zeuge bezeichnet drei der Angeklagten — Held, Hilsmann und Deligmann — die er bei der fraglichen Manipulation gesehen haben will. — Alle Drei bestritten dies.

Von 1878 bis 1882 auf dem Bochumer Verein beschäftigt gewesener Zeuge Mäke will gesehen haben, wie der Abnehmer Ingenieur Grust einmal mit einem Arbeiter wegen einer verdächtigen Manipulation bei Abstemplung von Schienen in Differenzen gerathen. — Zeuge Grust selbst erklärt, davon nichts zu wissen. Zeuge will den Vorgang aus ca. 30 Meter Entfernung angesehen haben. — Prä s.: Haben Sie etwas von unerkannten Händlern auf dem Bochumer Verein gehört? — Zeuge: Ja, es wurde allgemein davon gesprochen, daß bei Nachtzeit zu stehende Sachen nach dem Ziegmanshofe gebracht wurden.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwering: Zeuge, haben Sie nicht gewußt, daß der Ziegmanshof überhaupt die offizielle „Richtschmiede“ war, wo stets, auch am Tage gepulkt wurde? — Zeuge: Nein, das weiß ich nicht; ich bin nie auf dem Ziegmanshof gewesen und kenne denselben nicht.

Zeuge Arbeiter Franz Müller war ursprünglich mitangeklagt; wegen Verjährung ist indessen die Anklage gegen ihn fallen gelassen. Er bekundet, zweimal von Herda beauftragt zu sein, aus 200 abgenommenen Schienen den Kontrolleurstempel auszufelsen, wobei ihm noch zwei andere Arbeiter hätten helfen müssen. — Prä s.: Dießten Sie das nicht für etwas Verbotenes? — Zeuge: Nein, zunächst nicht, sondern erst, als ich sah, daß dieselben Schienen am nächsten Tage dem Abnahmebeamten nochmals zur Abnahme vorgelegt wurden.

Soziale Ueberlicht.

Die Schuhmacher Wilhelmshabens stehen um Verkürzung der Arbeitszeit im Streit.

Auch ein Entlassungsgrund. Wie die „Schwäb. Tagwacht“ mittheilt, wurde in Stuttgart kürzlich ein Arbeiter deshalb aus der Fabrik entlassen, weil er bei seinem Vorgehen eine Stunde Urlaub erbeten hatte, um sich nach einer Wohnung umzusehen. Der Vorgesetzte meinte, die Wohnung könne der Arbeiter auch nach 9 Uhr Abends noch suchen!

Wie das Unternehmertum den ungünstigen Geschäftsgang benutzt. Die Maler und Lackier-Jungung zu Leipzig und Umgebung erließ ein Zirkular, welches, wie der „Wähler“ berichtet, folgende Stellen enthält:

Hierdurch werden einseitig die Namen der Gehilfen, welche sich als Aufwiegler oder ungebührlich und unzuverlässig in der letzten Zeit in verschiedenen Werkstätten bemerkt gemacht haben, den geehrten Mitgliedern bekannt gegeben.

Desgleichen werden die Mitglieder gebeten, solche Gehilfen, welche sich ferner in dieser Weise kennzeichnen, unter Mittheilung der näheren Angaben beim Obermeister zu melden.

Was ist gegen solche Maßnahmen des Unternehmertums zu thun? Jeder Arbeiter muß sich der gewerkschaftlichen Organisation seines Berufs und der politischen Organisation der Sozialdemokratie anschließen; schon wenn wenigstens die Mehrzahl der Arbeiter in dieser Weise organisiert ist, brauchen sie die schwarzen Listen und ähnliche Unterdrückungsmittel nicht mehr zu fürchten.

Die Bergarbeiter von Boudquet haben die Deputierten Baudin, Lamendin und Lafargue zu Vermittlern gegenüber ihren Kompagnien erwählt. Die Arbeiter der genannten Kompagnie halten sich im April durch einen Streik die achtstündige Arbeitszeit erkämpft, und die Unternehmer wollen dieselbe jetzt wieder rückgängig machen.

In Frankreich finden in den nächsten Monaten zahlreich Arbeiterkongresse statt. So halten die Buchdrucker ihren Nationalkongress vom 27.—30. Juli in der Arbeitshöhle zu Paris ab.

Ein allgemeiner Gewerkschaftskongress tagt vom 19. bis 23. September in Marseille. Auf der Tagesordnung steht: 1. nationale und internationale Verbindung der Arbeiter und Arbeiterinnen; 2. Generalkongress aller Branchen; 3. direkte Repräsentation des Proletariats in den Parlamenten; 4. der internationale Kongress von 1889; die Manifestation des ersten Mai 1889. In Bordeaux findet vom 1. bis 4. September ein Kongress der Bauarbeiter statt. Die Tagesordnung enthält u. A.: Obligatorische Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle auf Kosten der Unternehmer; Abschaffung jeglicher Akkordarbeit; Wahl von Fabrikinspektoren aus den Kreisen der Arbeiter; Zuziehung von Arbeitern zu hygienischen Kongressen u. s. w.

Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Württembergischen Deutschlands für das Jahr 1891 veröffentlicht die „Deutsche Württembergische Zeitung“. Trotzdem die Veröffentlichung an dieser Statistik eine nur mangelhafte war und nur theilweise der bessergestellten Arbeiter geschah, ist dieselbe immerhin nicht ohne Interesse. Eingegangen waren 622 Fragebogen, welche sich auf 86 Städte vertheilen. Nach dem Ergebnisse der Statistik bewegte sich der Stundenlohn zwischen 10¹/₂ Pf. (in Sager und 45 Pf. (in Berlin und Hamburg), der Wochenlohn

zwischen 7 M. (in Sager) und 27 M. (in Berlin und Hamburg), das Jahreseinkommen zwischen 312 M. (in Oldendorf und Blauen) und 1350 M. (in Berlin und Hamburg). Das Durchschnittsalter der Arbeiter an den einzelnen Orten bewegte sich zwischen 18 und 45 Jahren, die Zahl der aus Arbeitsmangel Arbeitslosen zwischen 1 und 106 (Hamburg), der wegen Streik Arbeitslosen zwischen 1 und 10, die Zahl der aus Arbeitsmangel herrührenden arbeitslosen Tage zwischen 14 und 3288 (Hamburg), der aus Streik herrührenden zwischen 12 und 235 (Stahlfurt), die Zahl der Kranken zwischen 1 und 106 (Hamburg), der Krankheitsstage zwischen 3 und 1221 (Hamburg). Die jährlichen Wohnungsmiethen bewegten sich zwischen 70 M. (Rauenburg) und 244 M. (Hamburg). Die „Deutsche Württembergische Zeitung“ bemerkt, daß diese Statistik die Lage der Württicher noch „viel zu rosig“ erscheinen lasse, da, wie schon erwähnt, nur die „bessergestellten“ Arbeiter sich an der Statistik beteiligten.

Einkommensverhältnisse der Landarbeiter. Das „Volksblatt für Teltow-Beestow“ veröffentlicht in Nr. 87 vom 26. Juli folgenden Arbeitsvertrag: Unterzeichneter verpflichtet sich hierdurch, bei dem Gutsbesitzer Herrn Fr. Krüger zu Alt-Tornow zur Verrichtung jeder vorkommenden Arbeit zu arbeiten und außerdem einen leistungsfähigen Hofsänger zur Verrichtung von Brauarbeit zu stellen, wenn sie dazu bestellt werden. Die Arbeitszeit dauert für den Mann im Sommerhalbjahr von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, in der Ernte, so lange es verlangt wird, für den Hofsänger von 5¹/₂ Uhr Morgens bis Feierabend des Mannes. Im Winterhalbjahr wird die Dauer der Arbeit je nach Ab- und Zunahme der Tage, sowie nach wirtschaftlichem Verhältnis vom Arbeitgeber festgesetzt. Unterzeichneter erhält an Lohn im Sommer 1,20 M., im Winter 1 M. pro Tag. Der Hofsänger im Sommer 80, im Winter 60 Pf. pro Tag. Für zu leistende Arbeiten am Sonntage erhält der Tagelohnarbeiter 15 Pf. und der Hofsänger 10 Pf. pro Arbeitsstunde. An Drescherlohn erhält Unterzeichneter das Dreizehnte (13) Korn, andere Akkordarbeiten werden nach dem entsprechenden Lohn und nach Gutachten des Arbeitgeber für jeden Fall besonders bedungen. Unterzeichneter ist auch verpflichtet, als Pferdenecht oder Viehfütterer zu arbeiten, wenn er dazu bestellt wird und erhält dafür 1,00 M. pro Woche. Der Hofsänger bekommt für jedesmaliges Mischen von ca. 10 Kühen und das dazu gehörige Geschir zu reinigen außer der Arbeitszeit 10 Pf. Das Schmirren der Wagen u. hat Unterzeichneter als Pferdenecht Arbeitender des Sonntags früh in der dazu bestimmten Zeit zu verrichten. Außerdem erhält Unterzeichneter als Lohn freie Wohnung (1), sechzig Ruthen Land und mit Ablauf des Jahres 36 Zentner Kartoffeln nebst vierteljährlichem Bettstroh, sowie Streuloh nach Bedarf, jedoch muß der Dung dem Gutsbesitzer Krüger unentgeltlich überlassen werden. Folgt indes ein Vierteljahr vor Ablauf eines Jahres, auf welches dieser Vertrag giltig ist, hat von seiner Seite eine Kündigung, so bleibt derselbe auch für das folgende Jahr in Kraft und so fort. Sollte es jedoch vorkommen, daß Unterzeichneter oder dessen Hofsänger seinen Arbeitsverpflichtungen nicht nachkommt, bei der Arbeit betrunken ist, sich gegen die Herrschaft oder deren Vertreter widersetzt, widerspricht (1) oder sich sonstige Ungehörigkeiten zu Schulden kommen läßt, so ist der Gutsbesitzer Krüger jederzeit berechtigt, Unterzeichneter oder dessen Hofsänger durch Abzug an Lohn bis in Höhe von 3 Mark eigenmächtig zu bestrafen und sich außerdem durch Abzug an Lohn für den ihm dadurch entstehenden Nachtheil zu entschädigen oder den Vertrag sofort aufzuheben, in welchem Falle Unterzeichneter auch seine Landnutzung verliert und nicht mehr zu verlangen hat, sowie innerhalb 48 Stunden die Wohnung räumen muß. Unterzeichneter hat für das Heranholen seiner Sachen pro Tag und Pferd 3 Mark zu zahlen, welchen Betrag er wieder zurückgezahlt erhält, wenn er seinen Vertrag 2 Jahre erfüllt hat.

Abgeschrieben Alt-Tornow, den 18. April 1891.

Krüger, Gutsbesitzer.
Damit über das Loos der Landarbeiter den übrigen Volksmassen die richtige Vorstellung verschafft werden kann, wird es gut sein, wenn die Parteigenossen alle ländlichen Arbeitsverträge, deren sie habhaft werden können, den Parteiblättern ihres Bezirks oder dem „Vorwärts“ zum Studium einsenden.

Versammlungen.

In der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis erklärte Genosse Robert Schmidt in einem eingehenden, sehr heilsam aufgenommenen Vortrage die Ursachen der wirtschaftlichen Krisen. Redner führte überzeugend vor Augen, daß nur eine Umgestaltung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische die menschliche Gesellschaft in einen glücklicheren Zustand hinüberzuführen vermöge. Er ermahnte demzufolge, unermüdet an der ökonomischen wie politischen Befreiung der Arbeiter, jeder nach seinen Kräften zu wirken. Eine Diskussion fand nicht statt. Beschlossen wurde, dem Vorstände das Verleihungsrecht der Dekoration zu übertragen. Das Andenken an das unglückliche bei einer Dampferpartie ums Leben gekommene Schmidt'sche Ehepaar ehrten die Anwesenden durch einmütiges Erheben von den Plätzen. Die Vorarbeiten zur Laßallefeier sind vom Vorstände eingeleitet. Die nächste Versammlung findet am 9. August in Reus' Salon, Naunynstraße 27, statt und wird einen Vortrag des Zahnarztes Robert Wolf bieten.

Eine außerordentliche General-Versammlung der Freien Vereinigung aller in Buchbinderei, Lederwaren-, Karton- und Pappfabrikanten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ beriet am 13. Juli über die Auflösung des Vereins. Zunächst erstattete Kollege Treu Bericht über den Arbeitsnachweis im letzten Vierteljahr; es seien 30 Stellen angemeldet gewesen. Davon hätten nur 8 besetzt werden können. Kollege Drews erstattete dann Bericht über den Reichtschutz und Kollege Ehling über die Vergütungen. Hierauf legte der Kassierer Otto über das letzte Vierteljahr folgende Rechnung: Einnahme 377,38 M., Ausgabe 211,55 M., mithin Bestand 165,83 M. Der Verein besitzt 207 zahlende Mitglieder. Der Kassierer erhielt einstimmig Decharge. Kollege Greifenberg berichtete noch über die Vorstandstätigkeit; es sind abgehalten worden 5 Vorstandssitzungen, 2 kombinierte Sitzungen und 3 öffentliche Versammlungen. Hierauf erörterte derselbe Redner die Frage der Auflösung; er meinte, daß der Verein in der bisherigen Weise nicht weiterbestehen könne, weil viele Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedenen Branchen stellenlos sind, und der Verein bei seiner kleinen Mitgliederzahl nicht in der Lage ist, Unterhaltungen zu gewähren. Die Prinzipale befaßen einen internationalen Schutzbund, man müßte ihnen in derselben Weise entgegenreten. Er halte es daher für das Beste, daß sich die „Freie Vereinigung“ und der „Fachverein der Buchbinder“ auflösen und ein großer Verein gegründet werde, der auch Frauen aufnehmen. Dann erst könne man auch die indifferenten Kollegen zu sich heranziehen und gegen die Prinzipalität eine Macht ausüben. Am 27. Juli würde dann eine kombinierte Sitzung beider Vorstände stattfinden, in welcher die beiden Vereine für aufgelöst erklärt und gleich ein provisorischer Vorstand gewählt werden würde. Nach längerer Diskussion wurde mit 33 gegen 10 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die heutige außerordentliche Generalversammlung erklärt sich mit der Auflösung des Vereins einverstanden, erklärt

aber die Vereinigung für so lange als bestehend, bis sich der „Fachverein der Buchbinder“ aufgelöst hat. Sie ermächtigt deshalb den Vorstand, sobald dies geschehen, den Verein für aufgelöst zu erklären.“

Der Verein zur Wahrung der Interessen der in der Buchfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen Berlins und Umgegend hielt am 23. Juli eine Versammlung ab, in welcher Ref. Bader unter großem Beifall über die Gleichstellung beider Geschlechter referierte. In der Diskussion äußerte sich Kollege Böckel im Sinne der Referentin und tabelte zugleich, daß es nicht mehr Kolleginnen der Mühe werth gehalten hätten, den für sie so nützlichen Vortrag mit seinen wichtigen Erläuterungen mit anzuhören; ferner forderte er die anwesenden Kollegen und Kolleginnen zur eifrigen Agitation für den Verein auf. Unter Verschiedenem gab derselbe Kollege Folgendes bekannt: Die in letzter Zeit stattgehabte Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Guttmacher ist dem Gedanken, eine Verschmelzung beider Vereine herbeizuführen, näher getreten und es ist aus derselben der Beschluß hervorgegangen, einen Zweigverein aller in der Gutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für Berlin und Umgegend zu gründen. Zu diesem Zweck ist eine Kommission gewählt, welcher die Ausarbeitung der Statuten obliegt. Diese Nachricht wurde von der Versammlung mit großer Freude aufgenommen.

In einer von über 700 Personen besuchten öffentlichen Versammlung der Maler und Ausstreicher referierte am 25. Juli Genosse Hohwegler über die Bedeutung des Achtstundentages. Der Redner skizzierte die technisch-wirtschaftliche Entwicklung mit ihren üblen Folgen für die arbeitende Bevölkerung und ging dann des Näheren auf die speziellen Verhältnisse des Malergewerbes ein, die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden nachweisend. Zum Schluß des Vortrags richtete er die dringende Mahnung an die Anwesenden, in jeder Beziehung, vornehmlich auch in materieller, die in der letzten Versammlung gewählte Agitations- und Lohnkommission zu unterstützen, damit man im nächsten Jahre die voraussichtlich mit großen und vielen Opfern verknüpfte Achtstundebewegung siegreich durchführen könne. Der Vortrag fand stürmischen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich im Sinne des Referenten die Herren Aldrecht und Kube. Hohwegler bedauerte in seinem Schlusswort, daß es viele Kollegen gäbe, die ihre Nichtbeteiligung an der Gewerkschaftsbewegung mit ihrer aktiven Theilnahme an der politischen Entscheidung. Solche „politisch Aufgelärte“ müsse er als „politische Kindköpfe“ bezeichnen, denn mit einer durch ungehinderte wirtschaftliche Ausnutzung herabgelommene Masse werde der Sozialismus nie verwirklicht werden. Gewerkschaftliche und politische Bewegung müßten Hand in Hand gehen beim Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, wie das Viehnecht in der letzten Versammlung so klar nachgewiesen habe. Darum solle sich ein Jeder der Organisation anschließen und energisch für den Achtstundentag agitieren! (Lebhafte Zustimmung.) Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten völlig einverstanden und verpflichtet sich, der Organisation beizutreten, damit im nächsten Jahre der Achtstundentag errungen wird; sie erklärt jedoch, bei diesem nächsten Ziel nicht stehen zu bleiben, sondern fortwährend zu agitieren, damit bald der kapitalistischen Produktionsweise ein energisches Halt geboten werden kann! Die Versammlung ernannte dann die Herren Bud, Wendler und Kube zu Kandidaten für die Abtheilung der Arbeiterbesitzer im Gewerbe-Schiedsgericht. Darauf theilte Kube mit, daß die Lohnkommission Karten und Marken zum Sammeln ausgeben werde. Dies Material sei zu beziehen durch den Vertrauensmann Köllin, außer Sonntags von 10—12 Uhr bei Grindel, Dresdenstraße 116, in seiner Wohnung, Briherstraße 11. Dann verlas der Revisor Bue die Abrechnung des Vertrauensmanns für die Zeit vom 12. November 1891 bis zum 23. Juli 1892. Die Einnahmen betragen 917,41 M., die Ausgaben 764,85 M., bleibt somit ein Bestand von 152,56 M. Dem Vertrauensmann wurde Decharge ertheilt und hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation und den Achtstundentag geschlossen.

Vom Fachverein der Buchbinder war am 25. Juli eine ordentliche Generalversammlung einberufen, in welcher definitiver Beschluß darüber gefaßt werden sollte, ob der Verein zu Gunsten einer, mit der Freien Vereinigung aller in Buchbinderei, Lederwaren-, Karton- und Pappfabrikanten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen abzuschließenden großen Zentralorganisation aufgelöst werden solle oder nicht. Zunächst erstattete der Vorsitzende Riese den Geschäftsbericht vom 2. Quartal; danach haben stattgefunden 9 Versammlungen, 1 Generalversammlung und 10 Vorstandssitzungen. Der Kassierer Schulz theilte hierauf folgenden Kassendbericht mit: Einnahme 694,51 M., Ausgaben 1004,55 M., mithin ein Defizit von 310,04 M. Der Verein zählt jetzt 998 Mitglieder. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge ertheilt. Ueber die Arbeitsnachweis-Kommission berichtete Kollege Wunschel und über die Bibliothek Kollege Schulz, letztere hatte eine Einnahme von 21,11 M., eine Ausgabe von 2,10 M. und einen Bestand von 19,01 M. zu verzeichnen. Beide Berichte wurden einstimmig genehmigt. Zum Punkt Auflösung des Vereins theilte Kollege Riese mit, daß es eigentlich keine Auflösung, sondern nur ein Zusammenfließen beider Vereine sei, um mehr auf die indifferenten Kollegen in Stadt und Land einwirken zu können. Da unter den jetzigen Verhältnissen ein Fortbestehen des Vereins unmöglich sei, so halte er es für das Beste, den Verein zu Gunsten einer großen Zentralorganisation aller in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ aufzulösen, und bitte deshalb die Versammlung, dem Beschluß der Vorstände einstimmig beizutreten. In diesem Sinne sprachen sich auch die Kollegen Wettemier und Wiehefisch aus. Der Antrag des Vorstandes, den Verein am 1. August aufzulösen, wurde hierauf mit 108 gegen 8 Stimmen angenommen. Von der Wahl einer Liquidationskommission sah man ab, und übertrug einstimmig dieses Amt dem Vorstände. Kollege Wieland regte an, man möge doch die Adresse des Arbeitsnachweises in mehreren Gewerkschaftsblättern annoncieren, damit die von außerhalb ankommenden Kollegen wissen, wohin sie sich zu wenden haben. Nachdem Kollege Riese noch mitgetheilt hatte, daß Mitglieder von Fachvereinen, welche der Organisation sofort beitreten, Einschreibegeld nicht zu zahlen haben, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

In Friedenau referierte am 25. Juli Herr Hoffmann (Berlin) unter Beifall über das Thema: „Der Sozialismus als Produkt der geschichtlichen Entwicklung“. Der Ueberflus der Malfeier im Betrage von 20,00 M. wurde dem Vertrauensmann überwiesen und zur Vorbereitung der Laßallefeier eine Kommission von neun Personen, ferner zum Vertrauensmann für Steglitz Genosse Heinrich gewählt. In die Lokalkommission von Steglitz wählte man Wolf, Stahn und Otto. Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Hoch auf das revolutionäre Proletariat.

In einer gutbesuchten Brauererversammlung sprach am 26. Juli Herr Hilpert (Brauer) unter großem Beifall über: „Die Arbeitsverhältnisse der Brauer sonst und jetzt.“ Er trat energisch für die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Brauervereinigung ein. Nach einer kurzen Diskussion erstattete Herr Preuß den Bericht über die letzten Verhandlungen, welche die in einer Brauererversammlung gewählte Beschwerekommission mit den Brauereileitungen geführt hat. Bei den meisten der angeführten Streitfälle war der Sieg der Arbeiter zu konstatieren. Einige Differenzen harren noch des Ausgleichs. Der Berichtsteller hob hervor, daß es vornehmlich

